Haushalt 2018; Beschlussfassung des Rates am 30.11.2017

Grundlagen für die Beschlussfassung zum Haushalt 2018

Bereits vorliegende Unterlagen:

- Haushaltsentwurf
in der Fassung der Etateinbringung

Übersicht über die aus der Finanzausschuss-Klausur am 27.11.2017 und der HuPA-Beratung am 28.11.2017 resultierenden Anpassungen:

1. Änderungslisten der Verwaltung
 - a) Änderungsliste (konsumtiv)
 - b) Änderungsliste (investiv)
2. Empfehlungen der Bezirksvertretungen
3. Dokumentation der Finanzausschuss-Klausur am 27.11.2017 unter Berücksichtigung der Beschlussfassung des HuPA am 28.11.2017
 - a) Kurzdokumentation der FA-Klausur
 - b) Beratungsreihenfolge einschl. der bei der FA-Beratung zugrunde gelegten Anträge und Unterlagen
4. aktualisierte Fassung der Haushaltssatzung 2018

Beschlussvorschlag für den Rat

Der Rat der Stadt Solingen

1. nimmt die Empfehlungen der Bezirksvertretungen zum Haushaltsplan 2018 zur Kenntnis;
2. beschließt die Haushaltssatzung der Stadt Solingen für das Haushaltsjahr 2018 einschließlich des Ergebnis- und Finanzplanes für das Jahr 2018 in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung und unter Berücksichtigung der vom HuPA vorgenommenen Anpassungen;
3. beschließt die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2019 bis 2021 in der vorgelegten Fassung einschließlich der vom Finanzausschuss empfohlenen Änderungen und unter Berücksichtigung der vom HuPA vorgenommenen Anpassungen;
4. beschließt den Haushaltssanierungsplan 2018 ff. in der vorgelegten Fassung einschließlich der vom Finanzausschuss empfohlenen Änderungen.

Die Seite bleibt aus drucktechnischen Gründen frei

HH 2018 (konsumtive Aktualisierungen nach HH-Einbringung)

Stand: Beratungsgrundlage FA (Datenstand 14.11.2017)

Erhöhung der Grundsteuer B in 2 Schritten (75 Punkte zum 01.01.2018 und weitere 25 Punkte zum 01.01.2019)

In Abhängigkeit von der Ergebnisentwicklung 2018 verpflichtet sich der Rat der Stadt Solingen, ggf. im Laufe des 1. Halbjahres 2018 rückwirkend zum 01.01.2018 eine zusätzliche Erhöhung der Grundsteuer B um 25 Punkte zu beschließen.

Teilplan	Zeile	Kostenart	Kostenart (Bezeichnung)	Änd. 2018	Änd. 2019	Änd. 2020	Änd. 2021	Anmerkungen
Veränderungen TP 11.05 (Verwaltungsleitung und-steuerung)				22.000	22.000	22.000	22.000	neue städtische Mitgliedschaft (Ratsbeschluss), Metropolregion Rheinland e.V.
Veränderungen TP 11.06 (IT-Management)				1.054.100	1.021.400	900	-12.600	a) Upgrade auf Windows 10 wurde bei der Budgetplanung nicht in voller Höhe berücksichtigt 2018: 62.100, 2019: 14.400, 2020: 900, 2021: -12.600) b) Intensivierung der Digitalisierung, u. a. Aufbau neues Mitarbeiterportal, Dokumentenmanagement und eAkte, Migration LotusNotes, Managementprogramm Bauleitplanung, Umstellung SGB II und SGB XII (2018: 992.000, 2019: 1.007.000)
Veränderungen TP 11.07 (Rechts- u. Versicherungsangelegenheiten)				20.000	20.000	20.000	20.000	zu versichernde Neubaumaßnahmen, gestiegene Haftpflichtversicherung, erhöhte Beiträge für Sachversicherungen aufgrund Indexsteigerungen
Veränderungen TP'e 11.06/11.07 (insgesamt neutral)				0	0	0	0	
Veränderungen TP 11.08 (Finanzmanagement)				60.000	0	0	0	Berücksichtigung angekündigter GPA Prüfung
Veränderungen TP 11.11 (Steuern und sonstige Abgaben)				100.000	0	0	0	Tax Compliance
Veränderungen TP 12.05 (Allgemeine Sicherheit und Ordnung)				50.000	50.000	50.000	50.000	Anpassung des Zuschusses an den Tierschutzverein Bergisch Land e.V. (Pos. 10 der Anlage 23), Neuverhandlung des 1977 geschlossenen und seither nicht angepassten Vertrages (Themen: Tarifsteigerungen, Kosten für Aufnahme von Fundtieren sowie beschlagnahmte Tiere)
Veränderungen TP 12.06 (Brandschutz und Hilfeleistungen)				-78.000	-230.000	-230.000	-230.000	Anpassung der Brandschaugebühren gemäß neuer Satzung
Veränderungen TP 25.03 (Kulturmanagement)				19.306	19.306	19.306	19.306	die im Haushaltsentwurf angesichts der veranschlagten umfassenden Sanierungsmaßnahmen für Schloss Burg vorgenommene Reduzierung des bisherigen Baukostenzuschusses an den Schlossbauverein kann nach näherer Prüfung nicht realisiert werden. Der Zuschuss wird daher unter entsprechender Anpassung der Anlage 23 wieder erhöht.
Veränderungen TP 31.01 (Sozialhilfe nach SGB XII)				4.000	4.000	4.000	4.000	Ausgleich für Einnahmeverluste aufgrund Anwendung Solingen-Pass, hier: Ferien(s)pass (BDKJ)
Veränderungen TP 31.03 (sonstige soziale Leistungen)				-169.422	-226.360	-271.461	-275.576	insbesondere Reform Unterhaltsvorschussgesetz
Veränderungen TP 31.05 (Hilfen für Flüchtlinge)				0	90.000	90.000	90.000	Fortschreibung des Ansatzes 2018; Flüchtlingssozialarbeit soll vorrangig über Träger der Wohlfahrtspflege erfolgen
Veränderungen TP 36.01 (Jugendhilfe)				-4.005	-8.089	-12.256	-16.506	durch Zuschussbeauftragte mit den Zuschussempfängern vereinbarte Zuschussabsenkung (Pos.120 u. 125 der Anlage 23)
3602	06	448200	Kostenerstattungen/-umlagen Gemeinden	-150.000	-150.000	-150.000	-150.000	Anpassung an Rechnungsergebnis (Nachplanung)
3602	13	523200	Erstattung lfd.Aufwend. Dritter Gemeinde	1.603.563	1.655.563	1.708.603	1.762.704	Anpassung des Ansatzes an die Prognose 2017 unter Hinzuziehung der Vorjahresergebnisse zuzüglich einer 2%igen Steigerung ab 2019.
3602	15	531800	Zuweisungen lfd. Zwecke übr. Bereich	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	durch Zuschussbeauftragte mit den Zuschussempfängern vereinbarte Zuschussabsenkung (Pos.154 der Anlage 23)
Veränderungen TP 36.02 (Hilfen zur Erziehung)				1.448.563	1.500.563	1.553.603	1.607.704	
Veränderungen TP 36.03 (Tageseinrichtungen für Kinder)				-46.846	-1.007.952	-120.464	-750.524	Anpassung aufgrund der Ausbauplanung der Kindertagesbetreuung 2025 (2. Fortschreibung)
Veränderungen TP 41.01 (Gesundheitsschutz und -pflege)				12.500	12.500	12.500	12.500	u. a. Anpassung des Verwaltungs-/Betriebskostenzuschusses an die Jugend- und Drogenberatung ("Suchtprophylaxe Hansastr.")

Teilplan	Zeile	Kostenart	Kostenart (Bezeichnung)	Änd. 2018	Änd. 2019	Änd. 2020	Änd. 2021	Anmerkungen
Veränderungen TP 42.02 (Förderung des Sports)				-2.030	-2.030	-2.030	-2.030	Im Haushaltsentwurf wurde versehentlich ein Betriebskostenzuschuss zu Heiz- und Nebenkosten im ehem. Schulgebäude Broßhaus eingeplant; der Zuschuss (Solinger Billardclub) entfällt; die Anlage 23 wird entsprechend angepasst.
Veränderungen TP 51.01 (Stadtentwicklungsplanung)				-86.040	-37.896	-80.424	5.687	zeitliche Verschiebung innerhalb der Projekte (Nordstadt, City 2013, Burg, Ohligs)
Veränderungen TP 56.01 (Umweltschutz)				0	3.000	120.000	0	Altlastensanierungskosten Baufeld 3: Eigenanteil SD 67 an Sanierung des Grundstücks von SD 60
5705	06	448500	Kostenerstattungen/-umlagen verb.Unt.	500.000				einmaliger Verzicht auf HSP-Maßnahme M238 (Zuwendungen Klinikum)
5705	19	465100	Erträge aus Gewinnanteilen Beteiligungen	-265.510				einmalige Erhöhung der HSP-Maßnahme M271 (Konsolidierungsbeitrag TBS) zur Kompensation der einmaligen Reduzierung der Maßnahme M238
Veränderungen TP 57.05 (Finanzbeziehungen zu Beteiligungsuntern.)				234.490	0	0	0	
6101	01	401200	Grundsteuer B	1.450.000	0	0	0	Anpassung der HSP-Maßnahme M299); Erhöhung der Grundsteuer B erfolgt in zwei Schritten (in 2018 um zunächst 75 Punkte, 2019 weitere 25 Punkte)
6101	02	411100	Schlüsselzuweisungen vom Land	-1.360.000	-1.150.000	-1.000.000	-350.000	Berücksichtigung der offiziellen Modellrechnung vom 24.10.17
6101	02	414200	Zuweisungen/Zuschüsse lfd. Zwecke Gem/GV	-1.800.000				Erstattung aufgrund voraussichtlicher Umlagesatzsenkung der Landschaftsumlage in 2017
6101	15	537100	Allgemeine Umlagen an das Land	889.000	889.000	889.000	889.000	Voraussichtliche Erhöhung der Krankenhausumlage (Mitteilung Städtetag vom 04.09.2017)
6101	15	537200	Allgemeine Umlagen an Gemeinden (GV)	-3.750.000	-1.000.000	-1.100.000	-1.100.000	Voraussichtliche Umlagesatzsenkung der Landschaftsumlage um 1,5 % in 2018 und Berücksichtigung der offiziellen Modellrechnung vom 24.10.17. Für 2019 ff. wurde der ursprünglich festgesetzte Umlagesatz des LVR moderat um 0,5 % abgesenkt.
Veränderungen TP 61.01 (Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen)				-4.571.000	-1.261.000	-1.211.000	-561.000	
Veränderungen gesamt				-1.932.384	-30.558	-35.326	-17.039	
urspr. Jahresergebnis lt. Haushaltsentwurf				-16.721	-2.761	-6.423	-6.191	
aktualisiertes Jahresergebnis inkl. Änderungsliste				-1.949.105	-33.319	-41.749	-23.230	

Änderungsliste Investitionen
Haushalt 2018 ff

Stand: 10.11.2017

<u>Investitionsmaßnahme</u>	<u>PSP-Element</u>	<u>Fipo</u>	<u>Ansatz 2017</u>	<u>Ansatz 2018</u>	<u>Ansatz 2019</u>	<u>Ansatz 2020</u>	<u>Ansatz 2021</u>	<u>Bemerkungen</u>
BuG IT-Strategie	5 110601 0001 510	783100	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000	
Änderung				10.000	10.000	10.000	10.000	Ausstattung von Besprechungsräumen mit Videokonferenzsystemen
Änderung	5 110601 0001 511	783100		230.000				Ausstattung von Gremienmitglieder mit I pads
Neuer Ansatz:				253.000	23.000	23.000	23.000	
Bundesprogramm Förderung Breitbandausbau	5 110601 0003 510	783100	0	0	0	0	0	
Änderung				7.749.536	7.749.536			
Neuer Ansatz:				7.749.536	7.749.536			
Bundeszuweisung für Breitbandausbau	5 110601 0003 555	681000	0	0	0	0	0	
Änderung				-3.874.768	-3.874.768			
Neuer Ansatz:				-3.874.768	-3.874.768			
Landeszuweisung für Breitbandausbau	5 110601 0003 556	681100	0	0	0	0	0	
Änderung				-3.874.768	-3.874.768			
Neuer Ansatz:				-3.874.768	-3.874.768			
Beseitigung Instandhaltungsstau	5 110901 0002 500 300	785100	0	6.100.000	6.100.000	6.100.000	6.100.000	Strategischer Abbau Instandhaltungsstau; f. 2017
Änderung						-500.000	-212.800	für TBK Galvanik
Neuer Ansatz:			0	6.100.000	6.100.000	5.600.000	5.887.200	
Risikorrücklage/ Reserveposition für Sanierung der NW-Räume	5 110903 0093 500 300	785100	45.845	90.139	234.138	941.138	0	Projekt Gute Schule 2020 Reserveposition SD40!
Änderung						-134.000		für Galvanik TBK
Neuer Ansatz:			45.845	90.139	234.138	807.138	0	
Gute Schule 2020	5 110903 0098 500 300	785100	0	1.550.000	1.550.000	680.000	0	Projekt Gute Schule 2020
Änderung					-1.105.000			(Friedr-List-Berufskolleg), für Galvanik TBK
Neuer Ansatz:			0	1.550.000	445.000	680.000	0	
Haus Kirschheide Beseitigung baulicher Mängel	5 110906 0007 500 300	785100	0	500.000	0	0	0	
Änderung				-130.000				
Neuer Ansatz:				370.000	0	0	0	
Erneuerung der Galvanik am Technischen Berufskolleg	5 210501 0026 510	783100	150.000	150.000	0	0	0	
Änderung				-150.000				für TBK Galvanik
Neuer Ansatz:			150.000	0	0	0	0	
Erneuerung der Galvanik am Technischen Berufskolleg	5 210501 0031 510	783100	0	1.650.000	0	0	0	
Änderung				350.000	6.350.000	3.170.000	1.064.000	
Neuer Ansatz:				2.000.000	6.350.000	3.170.000	1.064.000	
Vom Land aus GRW-Förderung	5 210501 0031 555	681100	0	-1.485.000	0	0	0	
Änderung				-115.000	-5.080.000	-2.536.000	-851.200	
Neuer Ansatz:				-1.600.000	-5.080.000	-2.536.000	-851.200	

Änderungsliste Investitionen
Haushalt 2018 ff

Stand: 10.11.2017

<u>Investitionsmaßnahme</u>	<u>PSP-Element</u>	<u>Fipo</u>	<u>Ansatz 2017</u>	<u>Ansatz 2018</u>	<u>Ansatz 2019</u>	<u>Ansatz 2020</u>	<u>Ansatz 2021</u>	<u>Bemerkungen</u>
Einrichtungskostenförderung U 3	5 360302 0002 525	781800	804.000	280.000	280.000	280.000	0	
Änderung						-140.000		
Neuer Ansatz:				280.000	280.000	140.000	0	
Vom Land für Einrichtungskostenförderung U 3	5 360302 0002 555	681100	-368.820	-252.000	-252.000	-252.000	0	
Änderung						126.000		
Neuer Ansatz:				-252.000	-252.000	-126.000	0	
				0				
Hallenbad Vogelsang	5 420103 0005 500 300	785100	4.500.000	0	0	0	0	
Änderung				4.500.000				Neuveranschlagung (siehe zusätzliche Kreditaufnahme)
Neuer Ansatz:				4.500.000	0	0	0	
Veloroute	5 540101 0105 500 300	785200	30.000	762.600	0	0	0	Baukosten lt. Förderantrag Bez. Regierung; (PTJ=2,7 Mio.)
Änderung				-338.700	1.428.000	753.800		
Neuer Ansatz:				423.900	1.428.000	753.800	0	
Vom Land für Veloroute	5 540101 0105 555	681100	0	0	-529.400	0	0	Förderanteil je nach Förderantrag; Eintrag Förderanteil Land siehe oben Kostenanteil; (PTJ=2,4 Mio)
Änderung				-293.187	-646.793	-558.380		
Neuer Ansatz:				-293.187	-1.176.193	-558.380	0	
Haltestellenprogramm	5 540105 0002 500 300	785300	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	Haltestellenausbau 2018+2019 für BOB Linie 695;
Änderung				0	145.000			
Neuer Ansatz:				300.000	445.000	300.000	300.000	
Beteiligung VRR an ÖPNV	5 540105 0002 555	681300	-165.000	-165.000	-165.000	-165.000	-165.000	
Änderung				0	-345.300			
Neuer Ansatz:				-165.000	-510.300	-165.000	-165.000	
B+R-Anlage HBF Ostseite	5 540105 0004 500 300	785300	0	74.000	0	0	0	i.V.m. "Hotelprojekt"
Änderung				14.000				
Neuer Ansatz:				88.000	0	0	0	
Vom VRR für B+R-Anlage HBF Ostseite	5 540105 0004 555	681300	0	-66.200	0	0	0	
Änderung				-13.000				
Neuer Ansatz:				-79.200	0	0	0	
Fahrbahnerneuerung Balkhauser Weg 2.+3. BA	5 540101 0074 500 300	785200	0	1.066.000	1.165.000	0	0	Neuveranschlagung 2.+3.BA
Änderung				1.165.000	-1.165.000			
Neuer Ansatz:				2.231.000	0	0	0	

Änderungsliste Investitionen
Haushalt 2018 ff

Stand: 10.11.2017

<u>Investitionsmaßnahme</u>	<u>PSP-Element</u>	<u>Fipo</u>	<u>Ansatz 2017</u>	<u>Ansatz 2018</u>	<u>Ansatz 2019</u>	<u>Ansatz 2020</u>	<u>Ansatz 2021</u>	<u>Bemerkungen</u>
Vom Land für Fahrbahnerneuerung Balkhauser Weg	5 540101 0074 555	681100	0	-614.000	-675.000	0	0	Neuveranschlagung 2.+3.BA
Änderung				-675.000	675.000			
Neuer Ansatz:				-1.289.000	0	0	0	
Investitionspauschale 2018	5 610102 0001 560	681100	0	-6.754.729	0	0	0	
Änderung				-253.071				
Neuer Ansatz:				-7.007.800	0	0	0	
Investitionspauschale 2019	5 610102 0001 561	681100	0	0	-6.754.729	0	0	
Änderung					-253.071			
Neuer Ansatz:				0	-7.007.800	0	0	
Investitionspauschale 2020	5 610102 0001 562	681100	0	0	0	-6.754.729	0	
Änderung						-253.071		
Neuer Ansatz:				0	0	-7.007.800	0	
Investitionspauschale 2021	5 610102 0001 563	681100	0	0	0	0	-6.754.729	
Änderung							-253.071	
Neuer Ansatz:				0	0	0	-7.007.800	
zusätzliche Kreditaufnahme Hallenbad Vogelsang	5 610102 0001 563	681100	-4.500.000	0	0	0	0	
Änderung				-4.500.000				Neuveranschlagung der von der Bezirksregierung genehmigten Kreditaufnahme aus 2016, Kreditaufnahme aus 2016 kann nicht nach 2018 übertragen werden.
Neuer Ansatz:				-4.500.000	0	0	0	
Alter Ansatz:				3.198.810	1.266.009	1.142.409	-506.729	
Änderung				-198.958	12.836	-61.651	-243.071	
Neuer Ansatz:				2.999.852	1.278.845	1.080.758	-749.800	
Verbesserung (+) Verschlechterung (-)				198.958	-12.836	61.651	243.071	

Die Seite bleibt aus drucktechnischen Gründen frei

Rat am 30.11.2017
Empfehlungen der Bezirksvertretungen
zum Haushaltsplanentwurf 2018

In den Bezirksvertretungen wurden die nachstehenden Empfehlungen zum Haushaltsentwurf beschlossen:

BV Gräfrath (14.11.2017)

Die Bezirksvertretung Gräfrath empfiehlt einstimmig dem Finanzausschuss, dass die Finanzierung der Sanierung der Grundschule Gerberstraße spätestens in 2020 erfolgen und nicht weiter verschoben werden soll.

BV Wald (20.11.2017)

keine Beschlussfassung erfolgt

BV Burg/Höhscheid (23.11.2017)

Herr Westeppe beantragt, dass die Kosten für den Erweiterungsbau Grundschule Schützenstraße in den Haushalt 2018 eingestellt werden sollen. Die Kosten in Höhe von 550.000 EUR sollen durch Umfinanzierung im Schuletat bereitgestellt werden.

Herr Birkenbeul unterstützt den Antrag von Herrn Westeppe und bittet im Namen der Bezirksvertretung Burg/Höhscheid um Beratung und Prüfung im Finanzausschuss.

BV Ohligs/Aufderhöhe/Merscheid (13.11.2017)

Die Bezirksvertretung Ohligs/Aufderhöhe/Merscheid fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Bezirksvertretung sieht besonderen Raumbedarf an den Grundschulen Aufderhöhe und Uhlandstraße und bittet, dies haushaltsrechtlich zu berücksichtigen.

BV Mitte (16.11.2017)

- Die Bezirksvertretung Mitte beschließt einstimmig, in der Anlage 21 10.000 Euro für das Taubenhaus einzustellen.

- Die Bezirksvertretung Mitte beschließt einstimmig im Teilplan 5401: 55401010081 Friedrichstr.-Querungshilfe Hs.-Nr.41-43, den Zusatz: „und Zebrastreifen“ einzufügen. Ebenfalls soll die bereits eingestellte Summe um 11.000 Euro erhöht werden.
- Die Bezirksvertretung Mitte beschließt einstimmig bei 1 Enthaltung 20.000 Euro für die Außentreppe am Dickenbusch an der Kölner Straße, einzustellen.

Ergebnis der Finanzausschuss-Klausur:

Der **Finanzausschuss** hat in seiner Haushaltsklausur am **27.11.2017** die Empfehlungen der Bezirksvertretungen zur Kenntnis genommen.

Haushaltswurf 2018
Kurzdokumentation der Finanzausschuss-Klausur am 27.11.2017
unter Berücksichtigung der Beschlussfassung des HuPA am 28.11.2017

Hinweis:
bei den ausgewiesenen Beschlussfassungen des Finanzausschusses (FA) ist das Votum hinsichtlich der Haushaltsberatung vermerkt; soweit sich das Votum auf Sachverhalte bezieht, die nicht in der originären Zuständigkeit des FA liegen, handelt es sich um zustimmende Empfehlungen an den Rat

Ifd. Nr.	Seite	Bereich	Art	Antrag, Erläuterung	Antragsteller	Veränderung zur bish. Planung (in EUR) ¹⁾				Gremium	Beschluss FA
						2018	2019	2020	2021		
01	4	HSP	Anpassung	M238 - HSP-Beitrag des Klinikums: Um dem Klinikum Solingen die Möglichkeit der kurzfristigen und nachhaltigen wirtschaftlichen Konsolidierung im Sinne der vorgenannten Punkte zu ermöglichen, entbindet der Eigentümer Stadt Solingen einmalig für das Jahr 2018 das Klinikum von dessen Beitrag zum Haushaltssicherungskonzept in Höhe von 500.000 Euro. In den Folgejahren ist dieser Beitrag wieder zu erbringen.	CDU, FDP, BfS					FA	Beschluss
02	7		Prüfauftrag	Offener Ganztags in Grundschulen; [...] bis zur Ratssitzung am 15.03.2018 zur Sommerpause die bisherigen Bedarfsdarstellungen in der Schulentwicklungsplanung so zu überarbeiten, dass Rat und Schulausschuss eine vollständige und flächendeckende Bedarfsanalyse (insbesondere Raum- und Personalbedarfe) vorliegt.	CDU, SPD, B90/Grüne, FDP, BfS					FA	Zustimmung
03	9	Finanzplan	Anpassung	Es sollen ein bis zwei Taubenhäuser soll ein Taubenhäuser beschafft werden, um den Taubenbestand in der Innenstadt endlich wirksam zu regulieren und hierdurch die Verschmutzungen zu reduzieren (Antragsziel: 2018 = 10.000 EUR). Die einmalige Investition ist mit den zu erwartenden geringeren Aufwendungen der Stadt Solingen in 2018 bei der Landschaftsumlage zu verrechnen . <u>Hinweis aus FA-Klausur:</u> konsumtive Mittel (Unterhaltungsaufwand) sind ab 2018 bei Verkehrsflächen/-anlagen, (Unterhaltung Infrastrukturvermögen) berücksichtigt <u>investive Veranschlagung:</u> PSP 5.540101.0095.500.300 / FIPo 785300 keine Kompensation durch LV-Umlage (konsumtiv) möglich	CDU, FDP, BfS, B90/Grüne	10.000				FA	Beschluss
04	11	HSP	Anpassung	Papierloser Rat (Verpflichtend) Ziel ist eine Umstellung der Geschäftsordnung des Rates und eine - im Rahmen der Möglichkeiten - <i>verpflichtende</i> papierlose Ratsarbeit. <u>Anpassungen in FA-Klausur:</u> inkl. Einbeziehung der sachkundigen Bürger Reduzierung des Antragszieles auf das urspr. HSP-Volumen	CDU, FDP					FA	Beschluss
05	13	HSP	neue Maßnahme	Senkung der Kosten der politischen Steuerung (Finanzierung der Fraktionen im Rat)	SG Aktiv					FA, Rat	abgelehnt
06	14	HSP	Prüfauftrag	Prüfauftrag: Senkung der Kosten für die politische Steuerung (Reduzierung Bezirksvertretungen von 5 auf 3 ab 2020)	FDP					HuPA, FA, Rat	zurückgezogen

Ifd. Nr.	Seite	Bereich	Art	Antrag, Erläuterung	Antragsteller	Veränderung zur bish. Planung (in EUR) ¹⁾				Gremium	Beschluss FA
						2018	2019	2020	2021		
07	16	HSP	Arbeitsauftrag	M299: Aussetzung der Erhöhung von 25 Punkten bei der Grundsteuererhöhung auf das Jahr 2019 und Einführung einer quartalsweisen Überprüfung der Absenkungsmöglichkeit bei bestimmten Parametern <i>Anpassungen in FA-Klausur: Umwandlung in Arbeitsauftrag Anpassung Antragsziel auf den Verwaltungsvorschlag lt. Änderungsliste</i>	BfS, CDU, FDP					HuPA, FA, Rat	Beschluss
08	18		Arbeitsauftrag	Freigabe der Mittel für Planung und Umsetzung der Sanierungsmaßnahme Fachräume Gymnasium Schwertstraße erst nach Besichtigung und Beschlussfassung durch den Ausschuss für Schule und Weiterbildung	SPD					FA, Rat	Verweis in ASW
09	26	HSP	neue Maßnahme	Die Satzung der Stadt Solingen über die Erhebung von Elternbeiträgen (Elternbeitragsatzung) wird mit Wirkung zum 1.1.2018 aufgeboben. Der Besuch von Kindertagesstätten und außerunterrichtlichen Betreuungsangeboten im Rahmen der Ganztagschulen ist ab diesem Zeitpunkt kostenlos.	Die Linke					JHA, ASW, FA	abgelehnt
10	28	HSP	Anpassung	M335: Verfahrensoptimierung Elternbeiträge	SG Aktiv					FA, Rat	abgelehnt
11	31	HSP	Arbeitsauftrag	M302 (Kreisverkehre, Entfall Ampeln) Die Verwaltung wird beauftragt, die HSP-Maßnahme 302 durch folgende Maßnahmen zu stärken: a. Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt, Klimaschutz und Mobilität ist Anfang 2018 eine Prioritätenliste vorzulegen, welche Ampelanlagen zu welchem Zeitpunkt ganz oder zeitweise abgeschaltet werden können. b. Der Ersatz alter Ampelanlagen durch moderne Systeme kann ab sofort erst nach Beratung in der zuständigen Bezirksvertretung und im Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt, Klimaschutz und Mobilität auf Beschluss des ASUKM erfolgen. Dem Ausschuss ist zudem eine Liste der Ampelanlagen vorzulegen, die bisher ganz oder zeitweise abgeschaltet wurden.	SPD					FA, Rat	Verweis in ASUKM
12	32	HSP	Streichung	M238 (Zuwendungen Klinikum)	SG Aktiv						abgelehnt
13	33	HSP	Streichung	M299: Erhöhung Grundsteuer B	SG Aktiv					FA, Rat	abgelehnt
14	34	HSP	neue Maßnahme	Der Hebesatz der Gewerbesteuer wird mit Wirkung zum 1.1.2018, auf 490 Prozentpunkte angehoben.	Die Linke					FA	abgelehnt
15	35	HSP	neue Maßnahme	Anhebung Gewerbesteuer	SG Aktiv					FA, Rat	abgelehnt
16	36	HSP	Prüfauftrag	Prüfauftrag: Reduzierung der Kosten des städtischen Fuhrparks	B90/Grüne					FA, Rat	Beschluss
17	37	HSP	Anpassung	M301: Klimaschutzkonzept: z.B. Einsetzen von LED Leuchten; Heizkosten-/Energiekostencontrolling; Fortführung Energiesparhelfer*innen Titelergänzung: ..., <i>beschleunigten Heizungsaustausch</i> <i>Antragsziel: 2018 = 100 TEUR, 2019 = 120 TEUR, 2020 = 140 TEUR, 2021 = 160 TEUR</i> <i>Anpassung in FA-Klausur: Anpassung der Beträge (= keine Veränderung des urspr. HSP-Volumens)</i>	B90/Grüne					FA, Rat	Beschluss

Ifd. Nr.	Seite	Bereich	Art	Antrag, Erläuterung	Antragsteller	Veränderung zur bish. Planung (in EUR) ¹⁾				Gremium	Beschluss FA
						2018	2019	2020	2021		
18	38	HSP	Prüfauftrag	Prüfauftrag: Optimierung der Wärmeversorgung in Zusammenarbeit von TBS, MHKW und SWS	B90/Grüne					HuPA, FA, Rat	Beschluss
19	39	HSP	neue Maßnahme	Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED -Leuchten Antragsziel: 2018 = 20 TEUR, 2019 = 40 TEUR, 2020 = 80 TEUR, 2021 = 100 TEUR <u>Anpassung in FA-Klausur:</u> Anpassung der Beträge auf 20 TEUR p. a. <u>Konsumtive Einarbeitung:</u> Reaktivierung der ehem. HSP-Maßnahme M249 Berücksichtigung bei PSP 1.54.01.010 / Kostenart 524400	B90/Grüne	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	FA, Rat	Beschluss
20	40	Ergebnisplan	Anpassung	Anhebung des Bugets für Bürgerbeteiligung und Übernahme der Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt 2017 <u>Anpassung in FA-Klausur:</u> Anpassung Antragsziels auf 2018 = 100 TEUR, 2019 ff. = 80 TEUR p. a. <u>Konsumtive Veranschlagung:</u> PSP 1.11.05.070 / Kostenart 529100	BfS	20.000				HuPA, FA, Rat	Beschluss
21	42	HSP	Prüfauftrag	M334: Interkommunale Zusammenarbeit <u>Anpassung in FA-Klausur:</u> Umwandlung in Prüfauftrag	FDP					HuPA, FA, Rat	Beschluss
22	43	HSP	neue Maßnahme	Sicherstellung hygienischer Zustände an den Solinger Schulen ; Kündigung Reinigung mit Fremdfirmen	Die Linke					ASW, FA	abgelehnt
23	45	HSP	neue Maßnahme	Die Museen der Stadt Solingen führen einen monatlich einheitlichen Museumstag ein. Dieser wird in Absprache mit dem LVR-Industriemuseum Gesenkschmiede terminiert. Am Museumstag haben alle Museumsgäste freien Eintritt in die städtischen Museen.	Die Linke					AKST, FA	abgelehnt
24	46	HSP	neue Maßnahme	Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren erhalten freien Eintritt in die Museen der Stadt Solingen.	Die Linke					AKST, JHA, FA	abgelehnt
25	47	HSP	neue Maßnahme	Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach SGB II, SGB XII und AsylbLG erhalten uneingeschränkten, freien Eintritt in die Museen der Stadt Solingen.	Die Linke					AKST, ASGWSB, FA	abgelehnt
26	48	HSP	neue Maßnahme	Menschen mit Behinderung erhalten auf Vorlage eines entsprechenden Nachweises ebenso wie eine Begleitperson freien Eintritt in die Museen der Stadt Solingen.	Die Linke					AKST, Behindertenbeirat, FA	abgelehnt
27	49	HSP	neue Maßnahme	Durch die Einrichtung eines Winterdienstes wird zukünftig die ganzjährige Benutzbarkeit der Korkenziehertrasse gewährleistet.	Die Linke					ASUKM, FA	abgelehnt
28	50	HSP	Streichung	M243: Keine Kostensenkung bei der VHS u.a. als Kultur und Bildungsträger zulasten der Solingerinnen und Solinger.	SG Aktiv						abgelehnt
29	51	HSP	Anpassung	M263: Konsolidierungsbeitrag Stadt-Sparkasse Solingen	SG Aktiv					FA, Rat	abgelehnt
30	52	HSP	neue Maßnahme	Senkung Gehalt Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse Solingen	SG Aktiv					FA, Rat	abgelehnt

Ifd. Nr.	Seite	Bereich	Art	Antrag, Erläuterung	Antragsteller	Veränderung zur bish. Planung (in EUR) ¹⁾				Gremium	Beschluss FA
						2018	2019	2020	2021		
31	53			M283: Walter-Bremer-Institut Maßnahme wird akzeptiert, aber ohne Umwälzung der Kosten auf TeilnehmerInnen, stattdessen Kostenübernahme durch Land und Apothekerverband	SG Aktiv					FA, Rat	abgelehnt
32	54	HSP	Streichung	M328: Entwicklung Spielplatzentwicklungskonzept	SG Aktiv					FA, Rat	abgelehnt
33	55	HSP	neue Maßnahme	M309: Reduzierung externe, nicht pflichtige Gutachten	SG Aktiv					FA, Rat	abgelehnt
34	56	HSP	Streichung	M327: Intensivierung der Sozialarbeit in Haushalten mit über 80-jährigen Empfängern von Grundsicherung	SG Aktiv					FA, Rat	abgelehnt
35	57	HSP	Streichung	M336: Optimierung von Prozessabläufen bei Hilfen zur Erziehung	SG Aktiv					FA, Rat	abgelehnt
36	58	HSP	neue Maßnahme	Reduzierung der im Jahr 2016 beschlossenen Ordnungsdienststellen von 16 auf die schon vorhandenen 4 Stellen und 4 Auszubildenden sowie Einsparung dementsprechend von Dienstkleidung und Schutzwesten (Investitionsprojekt PG12.05)	SG Aktiv					FA, Rat	abgelehnt
37	60	Finanzplan	Anpassung	1.54.01.010 (Gemeinde- und Kreisstraßen) in der Produktgruppe "Verkehrsflächen/-anlagen": Einmalige Einstellung von Planungs- oder Maßnahmenkosten für die Anbindung des Gewerbegebietes Scheuren an die Viehbachtaltrasse, gemäß bereits vorliegender Detailplanung. Der Deckungsbeitrag wird durch geringere Aufwendungen der Stadt Solingen bei der Landschaftsumlage in 2018 erbracht. <i>Antragsziel: Anpassung 2018 = 100 TEUR</i> <i>investive Veranschlagung:</i> <i>PSP 5.540101.0107.500.300 / FiPo 785200</i> <i>keine Kompensation durch Minderaufwand LV-Umlage möglich</i>	CDU	100.000				FA	Beschluss
38	61	Finanzplan	Anpassung	In Ergänzung zum Antrag der CDU soll auch die Planung des notwendigen Kreisverkehrs Viebachtalstr. / Bonnerstr. aufgenommen werden. Nur durch die Errichtung eines Kreisverkehrs ist eine vernünftige Verkehrsführung und -leitung möglich.	BfS					FA	Beschluss
39	62	Finanzplan	Anpassung	Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ergänzend zur bisherigen Sanierungsplanung für die Turnhalle Burg die Errichtung eines Erweiterungsbaus zu veranlassen. Soweit die bereits bewilligten Fördergelder des Landes und des Bundes die Kosten für die Fertigstellung des Erweiterungsbaus nicht vollständig abdecken sollten, sind die Restmittel zunächst aus ISEK-Fördermitteln bzw. sonstigen Investivmitteln zu entnehmen. Vorsorglich sollen für die Jahre 2019 und 2020 jedoch jeweils (zusätzliche) städtische Eigenmittel in Höhe von 40.000 EUR etatisiert werden. <i>investive Veranschlagung:</i> <i>PSP 5.510101.0006.500.400 / FiPo 785300</i>	CDU		40.000	40.000		FA	Beschluss

Ifd. Nr.	Seite	Bereich	Art	Antrag, Erläuterung	Antragsteller	Veränderung zur bish. Planung (in EUR) ¹⁾				Gremium	Beschluss FA
						2018	2019	2020	2021		
40	63	Ergebnisplan	Anpassung	Abschluss Pflasterarbeiten im Walder Rundling : Einmalig 18.000 EUR <u>Anmerkung aus FA-Klausur:</u> die Maßnahme kann durch Übertragung von Restmitteln der (bisher konsumtiv abgewickelten) Maßnahme finanziert werden.	SPD					FA, Rat	Beschluss
41	65	Finanzplan	Anpassung	Einmalige Einstellung von Planungs- und Maßnahmekosten für die Neugestaltung und Aufbringen einer neuen Pflasterung auf der Düsseldorf Straße in Ohligs . <u>Investive Veranschlagung:</u> PSP 5.540101.0108.500.300 / FiPo 785200	CDU	50.000				FA	Beschluss
42	66		Prüfauftrag	Ausbau der Grundschule Böckerhof zur sogenannten "Medienschule" - als Pilotschule zur Erprobung und zur Feststellung des weiteren Bedarfs. Vorlage eines entsprechenden Konzepts in Zusammenarbeit mit der Schule und Prüfung des notwendigen Mitteleinsatzes. Verwendung der notwendigen Mittel aus der zweckgebundenen Förderung der Digitalisierung.	SPD					FA, Rat	Zustimmung
43	67		Prüfauftrag	Stärkung des Schulprofils der Sekundarschule Central durch den Einsatz von Whiteboards modernen, zeitgemäßen Präsentationstechniken im Unterricht. Vorlage eines entsprechenden Konzepts in Zusammenarbeit mit der Schule und Prüfung des notwendigen Mitteleinsatzes. Verwendung der notwendigen Mittel aus der zweckgebundenen Förderung der Digitalisierung. <u>Anmerkung aus FA-Klausur:</u> textl. Anpassung	SPD					FA, Rat	Zustimmung
44	69		Prüfauftrag	Aussetzung des neuen Stellenplanes hinsichtlich der Auf- und Abwertungen und Erstellung einer umfassenden Personalstrategie (Soll/Ist-Pläne inkl. mittel-/langfristiger Personalplanung) <i>Antragsziel: Verbesserung um 396.102 EUR p. a.</i> <u>Anmerkung aus FA-Klausur:</u> Umwandlung in Prüfauftrag	BfS					HuPA, FA, Rat	Zustimmung
45	70		Arbeitsauftrag	1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Rat der Stadt Solingen bis zum nächsten Stellenplannachtrag einen Entwurf für ein perspektivische Stellenplanung bis zum Jahr 2030 („Stellenplan 2030“) vorzulegen. 2. Das Stellenplanszenario soll dem Rat der Stadt Solingen rechtzeitig langfristig wirkende strategische Grundentscheidungen sowie insgesamt eine strukturierte, kontinuierliche und verlässliche Personal-, Raum und Finanzplanung ermöglichen	CDU					Rat	Zustimmung
46	72	HSP	Anpassung	M261 (Maßnahmenbündel Personal): Ergänzung der Bezeichnung "Zentrale Maßnahmen zum optimierten Personal- und Personaleinsatz-Management u.a. durch Gesundheitsmanagement"	B90/Grüne					FA, Rat	Beschluss
47	73	HSP	Streichung	M261: Zentrale Maßnahmen zum optimierten Personal- und Personaleinsatzmanagement	SG Aktiv					FA, Rat	abgelehnt

Ifd. Nr.	Seite	Bereich	Art	Antrag, Erläuterung	Antragsteller	Veränderung zur bish. Planung (in EUR) ¹⁾				Gremium	Beschluss FA
						2018	2019	2020	2021		
48	74	Ergebnisplan	Anpassung	Stärkung der "Frühen Hilfen" im Bereich Stadtdienst Jugend durch intensiveren Einsatz von Familien-Hebammen, um die Verstetigung von familiären Problemen frühzeitig zu vermeiden. Verlagerung von 50.000 € aus den Hilfen zur Erziehung (HzE). <u>Konsumtive Veranschlagung:</u> Teilplan 1.36.02 / Kostenart 533911	SPD					FA, Rat	Beschluss
49	75	Ergebnisplan	Anpassung	Zusätzliche Sprachförderung für geeignete Kinder von Geflüchteten , um sie schneller ins Regelschulsystem integrieren zu können. Ansatz der Mittel durch Verlagerung von 10.000 EUR aus Sachkontenliste 110501 (Büro OB) / 529100 (sonstige Dienstleistungen). <u>Konsumtive Veranschlagung:</u> die konkreten Kontierungen werden verwaltungsintern noch abgestimmt	SPD					FA, Rat	Beschluss
50	76	Ergebnisplan	Anpassung	Abschaffung Empfangsservice in den Verwaltungsgebäuden <i>Antragsziel: Verbesserung um 161.800 EUR p. a.</i> <u>Anmerkung:</u> die Beratung des HuPA (am 28.11.2017) erfolgte erst nach der FA-Klausur; der HuPA hat die beantragte Abschaffung des Empfangsservice abgelehnt	BfS					HuPA, FA, Rat	FA: Beschluss HuPA: abgelehnt
51	77	Ergebnisplan	Anpassung	Unterstützung Förderverein Blyth <u>Konsumtive Veranschlagung:</u> PSP 1.11.05.010 / Kostenart 531800	BfS	5.000				HuPA, FA, Rat	Beschluss
52	78		Prüfauftrag	Prüf-/Informationsauftrag: aktueller Stand der Bürgerstiftung für Solingen <u>Anmerkung zur FA-Klausur:</u> erledigt durch Vortrag OB	BfS					HuPA, FA, Rat	erledigt
53	79	Ergebnisplan	Anpassung	Anlage 23 (Pos. 220): Der Zuschuss an die Freunde und Förderer Vogelpark e.V. soll um jährlich 20.000 Euro aufgestockt werden, um eine in etwa vergleichbare Fördersituation mit dem Tierpark Fauna zu bewirken, insbesondere vor dem Hintergrund, dass beide eine Tierparkschule betreiben	CDU					FA	zurückgezogen
54	83	SBG	Arbeitsauftrag	Heidebad 1. Der Rat der Stadt Solingen bekennt sich zu einer langfristigen Sicherung des Schwimmens in der Ohligser Heide. Die Stadt Solingen wird alle technisch notwendigen Vorkehrungen treffen, um dies in den kommenden Jahren sicherzustellen. 2. Die für die kommenden Jahre passende Betriebsform wird weiterhin ergebnisoffen geprüft. Dabei bleibt eine Umwandlung in ein Naturbad eine mögliche Option. Die langfristige Sicherung des Badebetriebes im Heidebad bleibt hiervon unbenommen.	CDU					FA	Zustimmung

Ifd. Nr.	Seite	Bereich	Art	Antrag, Erläuterung	Antrag- steller	Veränderung zur bish. Planung (in EUR) ¹⁾				Gremium	Beschluss FA
						2018	2019	2020	2021		
55	84	SBG	Arbeitsauftrag	Langfristige Sicherung des Freibad Heide & Rücklagenbildung in der Bädergesellschaft - Umsetzung in der Bädergesellschaft (nicht direkt im Haushalt der Stadt Solingen) <u>Anpassung in FA-Klausur:</u> Antragsziel 2018 = 378 TEUR, 2019 ff. = 50 TEUR p. a. unter Berücksichtigung der Zulässigkeit nach HGB	BfS					HuPA, FA, Rat	Zustimmung
56	86	Finanzplan	Anpassung	Anlage 21 (Prioritätenliste) NEU: Verstärkter Einsatz von LED-Leuchten in der Straßenbeleuchtung <u>Anpassung in FA-Klausur:</u> Antragsziel 2018 = 150 TEUR <u>investive Veranschlagung:</u> PSP 5.540101.0029.500.400 / FiPo 785300	B90/Grüne	150.000				FA, Rat	Beschluss
57	86	Finanzplan	Anpassung	Anlage 21 (Prioritätenliste) NEU: Investitionen für Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept <u>Anpassung in FA-Klausur:</u> Antragsziel ansteigend 10 - 60 TEUR <u>investive Veranschlagung:</u> PSP 5.110901.0007.500.300 / FiPo 785300	B90/Grüne	10.000	20.000	40.000	60.000	FA, Rat	Beschluss
58	86	Finanzplan	Anpassung	Anlage 21 (Prioritätenliste) NEU: Verbesserung der Aufenthaltsqualität im öff. Raum <u>investive Veranschlagung:</u> PSP 5.510101.0007.500.300 / FiPo 785300	B90/Grüne	25.000				FA, Rat	Beschluss
59	87	Finanzplan	Prüfauftrag	Anlage 21 (Prioritätenliste) NEU: Stärkung der Nahmobilität in Rad- und Fußverkehr ; Kommunaler Eigenanteil für Planung und Ausführung und Mobilisierung <u>Anpassung in FA-Klausur:</u> Antragsziel 2018 = 1 EUR (Merkposten) <u>Hinweis der Verwaltung:</u> die Antragsintention wird konzeptionell berücksichtigt (Prüfauftrag); auf die Veranschlagung eines Merkpostens im Finanzplan wird mit Blick auf das NKF-Regelwerk verzichtet.	B90/Grüne					FA, Rat	Beschluss
60	87	Finanzplan	Anpassung	Anlage 21 (Prioritätenliste) Neu: Kommunale Eigenanteile für Förderprogramme E-Mobilität <u>investive Veranschlagung:</u> PSP 5.540101.0109.500.300 / FiPo 785300	B90/Grüne	20.000				FA, Rat	Beschluss
61	87	Finanzplan	Anpassung	Anlage 21 (Prioritätenliste) NEU: Investition in 4 - 6 neue OGS-Gruppen	B90/Grüne					FA, Rat	erledigt (s. Neu 02)

Ifd. Nr.	Seite	Bereich	Art	Antrag, Erläuterung	Antrag-steller	Veränderung zur bish. Planung (in EUR) ¹⁾				Gremium	Beschluss FA
						2018	2019	2020	2021		
62	87	Finanzplan	Prüfauftrag	Anlage 21 (Prioritätenliste) NEU: Skateranlage Hallenbad Vogelsang <i>Antragsziel 2018 = 10 EUR (Merkposten)</i> <u>Hinweis der Verwaltung:</u> die Antragsintention wird konzeptionell berücksichtigt (Prüfauftrag); auf die Veranschlagung eines Merkpostens im Finanzplan wird mit Blick auf das NKF-Regelwerk verzichtet.	B90/Grüne					FA, Rat	Beschluss
63	87	Finanzplan	Prüfauftrag	Anlage 21 (Prioritätenliste) NEU: Fortschreibung Biotopkartierung <i>Antragsziel 2018 = 10 EUR (Merkposten)</i> <u>Hinweis der Verwaltung:</u> die Antragsintention wird konzeptionell berücksichtigt (Prüfauftrag); auf die Veranschlagung eines Merkpostens im Finanzplan wird mit Blick auf das NKF-Regelwerk verzichtet.	B90/Grüne					FA, Rat	Beschluss
64	87	Finanzplan	Anpassung	Anlage 24b (BV-Liste investiv): "Teilplan 5401: 55401010081 - Friedrichstr.-Querungshilfe Hs.-Nr.41-43" Titelergänzung: „und Zebrastrreifen“	B90/Grüne					FA, Rat	erledigt
65	87	Finanzplan	Anpassung	Anlage 24b (BV-Liste investiv): Teilplan 5401: 55401010081 – - 603.000 in 2019 Margarethenstr./Ritaweg / Estherweg B-Plan D198)	B90/Grüne					FA, Rat	zurückgezogen
66	90		Prüfauftrag	Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, wie nach den Erfahrungen mit der neuen Kindertagesstätte am Rathaus je eine Randzeiten-KiTa in jedem Stadtteil eingerichtet werden kann. Im Jugendhilfeausschuss ist dazu unter anderem darzustellen, welche vorhandenen KiTas dafür geeignet wären oder wo geplante KiTas entsprechend konzeptioniert werden könnten. Darzustellen sind auch der personelle und finanzielle Aufwand für ein solch flächendeckendes Angebot in allen Stadtteilen.	SPD					FA, Rat	Zustimmung
67	91		Prüfauftrag	1. Im Rahmen der weiteren Kindertagesstätten-Ausbauplanung sollen neu zu errichtende Kindertagesstätten über deren Trägerschaft bislang nicht verbindlich entschieden worden ist, grundsätzlich nicht in Trägerschaft der Stadt Solingen betrieben werden, sondern von dritten, gemeinnützigen Trägern. Ein Betrieb in städtischer Trägerschaft soll nur dann erfolgen, wenn wichtige, von der Verwaltung nachgewiesene Gründe einer Trägerschaft durch Dritte entgegenstehen. 2. Im Hinblick auf bereits in städtischer Trägerschaft betriebene Kindertagesstätten soll der Oberbürgermeister dem Jugendhilfeausschuss bis zum 31.01.2018 darstellen, ob und unter welchen Voraussetzungen bis zum 31.07.2019 eine Überführung in eine Trägerschaft durch gemeinnützige Dritte möglich ist.	CDU					FA	Zustimmung
68	92		Prüfauftrag	Parkgebühren <u>Anmerkung aus FA-Klausur:</u> der Antrag wird als Anfrage im ASUKM gestellt	B90/Grüne					FA, Rat	zurückgezogen

Ifd. Nr.	Seite	Bereich	Art	Antrag, Erläuterung	Antragsteller	Veränderung zur bish. Planung (in EUR) ¹⁾				Gremium	Beschluss FA
						2018	2019	2020	2021		
69	93		Arbeitsauftrag	Der Rat der Stadt Solingen beauftragt den Oberbürgermeister, einen Aufstellungsbeschluss für einen neuen Flächennutzungsplan in den Rat einzubringen, der die Erkenntnisse der Bezirksregierung Düsseldorf im Aufstellungsverfahren zum Regionalplan hinsichtlich Gewerbeflächenbedarfs und des Bedarfs an Wohneinheiten in Solingen berücksichtigt.	CDU					FA	Zustimmung
70	94		Prüfauftrag	Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, wie das bestehende Modell der KLUG-Schule an der Hauptschule Höhscheid am Standort Krahenhöhe über das Auslaufen der Schule hinaus bewahrt werden kann – durch Anbindung von Modell und Gebäude an eine Schule des längeren gemeinsamen Lernens <i>unter Einbindung der jetzigen Partnerschulen</i> . Anmerkung aus FA-Klausur: der Antrag wurde mit textl. Anpassungen als gemeinsamer Antrag von SPD und CDU umformuliert	SPD					FA, Rat	Zustimmung
71	96		Prüfauftrag	Die Verwaltung wird mit der Erstellung und Umsetzung eines Konzepts beauftragt, wie das bestehende sogenannte Netz-Leiter-Modell an den weiterführenden Schulen für Flüchtlinge eingesetzt werden kann. Die Konzeption ist dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung zeitnah vorzulegen.	SPD					FA, Rat	Zustimmung
72	97	Ergebnisplan	Anpassung	Die Verwaltung wird beauftragt, die Friedrich-Ebert-Straße wegen ihrer stadtbildprägenden Bedeutung für Wald bei der Neukonzeption des Straßenbegleitgrüns komplett in die Priorität 1 hochzustufen. Eine Benachteiligung anderer Straßen ist gleichzeitig zu vermeiden.	SPD					FA, Rat	Zustimmung
73	98		Prüfauftrag	Die Verwaltung wird beauftragt, für die Haushaltsplanentwürfe 2019ff, aktuelle steuerungsrelevante und messbare Ziele und Kennzahlen zu entwickeln und diese den Fachausschüssen rechtzeitig zur Beratung vorzulegen.	FDP					HuPA, FA, Rat	Beschluss
74	99		Prüfauftrag	Begleitantrag: Die Stadt Solingen wird sich am digitalen Servicekonto des Landes NRW beteiligen	FDP					HuPA, FA, Rat	Beschluss
75	100		Prüfauftrag	Begleitantrag: Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bei den Vorarbeiten für die Digitalisierung der Verwaltung bereits jetzt schon die Planungsabläufe für eine Beantragung von Mitteln aus dem zugesagten Förderprogramm „K400-Kommunal wird digital“ zu berücksichtigen. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, mit den bergischen Kommunen ein gemeinsames Projekt zur Digitalisierung abzustimmen und zu starten.	FDP					HuPA, FA, Rat	Beschluss

- 1) Darstellung der Veränderungen:
 Verbesserungen = negatives Vorzeichen
 Verschlechterungen = positives Vorzeichen

Veränderungen auf ...				
Ergebnisplan	25.000	0	0	0
HSP	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000
konsumtive Änd.	5.000	-20.000	-20.000	-20.000
Finanzplan	365.000	60.000	80.000	60.000

Die Seite bleibt aus drucktechnischen Gründen frei

**Etatberatungen für das Haushaltsjahr 2018
einschließlich der mittelfristigen Ergebnis- und
Finanzplanung bis 2020
und des Haushaltssanierungsplanes 2018 ff.**

**- Beratungsreihenfolge und
Beschlüsse des Finanzausschusses
vom 27.11.2017 -**

Inhaltsverzeichnis

1	Anträge, die in der Sitzung eingereicht wurden	Seite 03
2	Empfehlungen/Beschlüsse der Bezirksvertretungen	Seite 19
3	Aus Fachausschüssen zur Beratung in den Finanzausschuss verwiesene Themen / Tagesordnungspunkte	Seite 24
4	Anträge zum Haushaltssanierungsplan	Seite 29
5	Anträge zum Ergebnis- / Finanzplan	Seite 59
6	Anträge zum Investitionsplan	Seite 82
7	Sonstige Anträge	Seite 89

Anträge, die in der Sitzung eingereicht wurden

Fraktionen im Rat der Stadt Solingen von
CDU **BfS** **FDP**

Solingen, den 24.11.2017

An den
Vorsitzenden des
Finanzausschusses

Sitzung des Finanzausschusses am 27.11.2017
TOP „Etatberatungen“ – Hier: Antrag „Klinikum“

Sehr geehrter Herr Dr. Zerlin,
in der Sitzung des Finanzausschusses am 27.11.2017 bitte ich namens der unterzeichnenden
Fraktionen unter dem eingangs genannten TOP um Abstimmung über folgenden Antrag:

*„Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Solingen folgende Beschlussfassung in
Form eines Haushaltsbegleitbeschlusses:*

*1. Der Rat der Stadt Solingen bekennt sich zum Klinikum in kommunaler Trägerschaft als Haus
der Maximalversorgung. Die Bereitstellung von Krankenhausleistungen für die Solinger
Bevölkerung ist ein wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge. Der Rat unterstützt den
vorgestellten Masterplan als einen ersten Schritt zur Konsolidierung des Hauses.*

*2. Nicht zuletzt in Anbetracht der Verpflichtung der Stadt Solingen als Eigentümerin, jährlich einen
ausgeglichenen Etat vorzulegen, bedeutet kommunale Aufgabenerfüllung in der heutigen Zeit
aber nicht eine Finanzierung aus dem städtischen Haushalt. Vielmehr ist ein zumindest
ausgeglichenes Jahresergebnis des Klinikums Solingen aus dem operativen Geschäft, also durch
Zahlungen der gesetzlichen Versicherungsträger, der privaten Versicherungen bzw. Privatzahler,
sicherzustellen. Andere Krankenhäuser schaffen dies, es sind mithin Instrumente und gängige
betriebswirtschaftliche Kennziffern (Benchmarks) zu übernehmen.*

*3. Hinsichtlich der verbesserungsbedürftigen operativen Wirtschaftlichkeit muss das Klinikum
effizient ausgerichtet werden:*

a. die laufenden Aufwendungen sind aus den laufenden Erträgen sicherzustellen.

*b. um die Zukunftsfähigkeit des Hauses sicherzustellen, muss das Haus kontinuierlich in
die Gebäude, Geräte und (Medizin-)Technik investieren. Nur so kann sich der
medizinische Fortschritt im Haus widerspiegeln und überhaupt Anschluss an
medizinische Entwicklungen gehalten werden. Die notwendigen Investitionen sind
ebenfalls grundsätzlich aus den Erträgen zu erwirtschaften. Hier sollte eine jährliche
Investitionsgröße (Abschreibungen) von 3 Mio. Euro angestrebt werden.*

*c. Aus der Tatsache, dass das Städtische Klinikum Solingen künftig sowohl zumindest eine
„schwarze Null“ als auch die laufenden Erträge einschließlich der unter b. genannten
Investitionsquote erwirtschaften muss, folgt, dass die Geschäftsleitung die bisherige
Ertragslage schnellstmöglich in einem entsprechenden Umfang verbessern muss.
Dieses Ziel ist spätestens bis zum Ablauf des Geschäftsjahres 2019, aber auch in den
folgenden Geschäftsjahren zu erreichen.*

*4. Zur Erreichung dieses Ziels sind die Organisationsstruktur und sämtliche Geschäftsabläufe
des Hauses hinsichtlich ihrer Wirtschaftlichkeit zu durchleuchten:*

*a. primäre Leistungserbringung: wie sind die einzelnen Kliniken des Hauses strategisch
für die Zukunft aufgestellt? Wie werden Planvorgaben für die einzelnen Häuser evaluiert?*

Welche Konsequenzen haben Planabweichungen? Wo sind Leistungsausweitungen denkbar, wo sind Angebote ggf. zu reduzieren?

b. sekundäre Leistungserbringung als medizinische Zuarbeit: werden diese Geschäftsfelder wirtschaftlich optimal erbracht? Kommen hier Kooperationen/Ausgliederungen in Betracht?

c. tertiäre nichtmedizinische Leistungserbringung: werden diese Geschäftsfelder wirtschaftlich erbracht? Kommen auch hier Kooperationen/ Ausgliederungen in Betracht?

5. Einführung eines verbindlichen monatscharfen Controllings:

- a. Es dürfen nicht weiterhin Defizite auflaufen; Gegensteuerungsmaßnahmen laufen – wenn überhaupt - bislang zu spät an.*
- b. Die einzelnen Fachkliniken müssen monatscharf nach Monatsablauf mit den Ergebnissen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit und dem Stand der Planerfüllung konfrontiert werden. Gegenmaßnahmen der jeweiligen Fachklinik müssen bereits sich im jeweiligen Folgemonat ergebniswirksam niederschlagen.*
- c. Gleichermaßen sind wirtschaftliche Einsparerträge im sekundären und tertiären Bereich bereits zum 1. Quartal 2018 und in der Folge quartalsweise zu quantifizieren und etwaige Erträge zu kontrollieren.*
- d. Die Maßnahmen und der Umsetzungsstand sind ebenfalls darzustellen.*
- e. Den Mitgliedern des Aufsichtsrats des Klinikums sowie der Beteiligungsgesellschaft sind unaufgefordert zum Monatsende transparente und aussagekräftige Daten einschließlich tauglicher betriebswirtschaftlicher Kennziffern zur jederzeitigen Beurteilung der wirtschaftlichen Situation des Klinikums - einschließlich eingeleiteter Gegenmaßnahmen und deren Ergebniswirksamkeit - zur Verfügung zu stellen.*

6. HSP-Beitrag des Klinikums

Um dem Klinikum Solingen die Möglichkeit der kurzfristigen und nachhaltigen wirtschaftlichen Konsolidierung im Sinne der vorgenannten Punkte zu ermöglichen, entbindet der Eigentümer Stadt Solingen einmalig für das Jahr 2018 das Klinikum von dessen Beitrag zum Haushaltssicherungs-konzept in Höhe von 500.000 Euro. In den Folgejahren ist dieser Beitrag wieder zu erbringen.“

Eine Begründung erfolgt mündlich in der Sitzung.

gez.
Carsten Voigt
Fraktionsvorsitzender CDU

gez.
Ulrich G. Müller
Fraktionsvorsitzender FDP

gez.
Jan Michael Lange
Fraktionsvorsitzender BfS

gez.
Heinz Bender
Fraktionsvorsitzender BfS

Hinweis: Der neue gemeinsame Antrag vom 24.11.2017 ersetzt die bisherigen Anträge der antragstellenden Fraktionen zum Klinikum.

Hinweis: *Der Antrag der Ratsfraktion die LINKE vom 09.11.2017 (Streichung der kompletten HSP-Maßnahme) wurde im Rahmen der Beschlussempfehlung berücksichtigt.*

Beschluss des FA:

Der FA empfiehlt dem Rat einstimmig die o.g. Beschlussfassung.

Hinweis: Zuständiger Fachausschuss ist der Zentrale Betriebsausschuss.

CDU
FDP

SPD

Bündnis '90/Grüne-offene Liste

BfS

Solingen, den 24.11.2017

An den
Vorsitzenden des
Finanzausschusses

Sitzung des Finanzausschusses am 27.11.2017
TOP „Etatberatungen“ - Hier: Antrag „Offener Ganzttag an Grundschulen“

Sehr geehrter Herr Dr. Zerlin,
namens der unterzeichnenden Ratsfraktionen bitte ich, unter dem eingangs genannten TOP
über folgenden Antrag abzustimmen:

„Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Solingen folgende Beschlussfassung:

- 1. „Der Rat der Stadt Solingen betrachtet mit Sorge, dass der tatsächliche Bedarf an offenen Ganztagsangeboten an Grundschulen in Solingen das aktuell vorhandene Angebot bei weitem übersteigt. In Zukunft könnten sich angesichts der derzeit absehbaren demographischen Entwicklung weitere Bedarfe ergeben.*
- 2. Vor diesem Hintergrund bekennt sich der Rat der Stadt Solingen dazu, schnellstmöglich die OGS-Angebote in Solingen so auszubauen, dass mittelfristig eine vollständige Bedarfsdeckung erreicht wird. Da dieses Ziel aus vor Ort vorhandenen Mitteln auf absehbare Zeit nicht erreichbar ist, fordert er die Solinger Mitglieder in Landtag und Bundestag auf, sich für eine bedarfsorientierte Finanzausstattung durch Bund und Land einzusetzen.*
- 3. Der Rat der Stadt Solingen fordert den Oberbürgermeister auf, spätestens bis zur Ratssitzung am 15.03.2018 die bisherigen Bedarfsdarstellungen in der Schulentwicklungsplanung so zu überarbeiten, dass Rat und Schulausschuss eine vollständige und flächendeckende Bedarfsanalyse (insbesondere Raum- und Personalbedarfe) vorliegt. Dabei sollen auch bislang nicht erhobene bzw. ausgewiesene Bedarfe, etwa an den Grundschulen Weyer und Böckerhof, Berücksichtigung finden.*
- 4. Darüber hinaus soll die Verwaltung bis zum 15.03.2018 eine Prioritätenliste erarbeiten, welche Investitionsvorhaben abhängig vom betragsmäßigen Aufwachsen der Fördermittel in welcher Reihenfolge zu realisieren wären. Dabei soll in der Ausbauphase grundsätzlich eine im Stadtgebiet gleichmäßige Bedarfsabdeckung angestrebt werden. Jedoch sind die zugunsten der GS Westersburg nach hinten verschobenen Projekte GS Aufderhöhe (von 2017 auf 2020 verschoben), GS Schützenstraße und GS Gerberstraße (von 2018 auf 2020 verschoben) sowie ein räumlicher Ausbau der GS Uhlandstraße bevorzugt einzuplanen, sodass dort eine räumliche Verbesserung bereits vor 2020 realisiert werden kann.*

5. *Sollte sich im Falle eines Erwerbs des Gemeindezentrums Fuhr bei der GS Westersburg ein geringeres Investitionsvolumen ergeben, ist der ersparte Betrag für den Ausbau nach vorgenannten Kriterien zu verwenden.*
6. *Die Verwaltung wird nach Vorliegen der Ergebnisse des entsprechenden Versuches an zwei Solinger Grundschulen um Prüfung gebeten, inwieweit an weiteren Grundschulen im Stadtgebiet vorübergehend eine teilweise Mitnutzung von Unterrichtsräumen durch den offenen Ganzttag möglich wäre, um bis zu einer endgültigen Lösung eine verbesserte Bedarfsabdeckung zu erreichen.*

Begründung: erfolgt mündlich

gez.
Carsten Voigt
Fraktionsvorsitzender CDU

gez.
Iris Preuß-Buchholz
Fraktionsvorsitzende SPD

gez.
Martina Zsack-Möllmann
Fraktionsvorsitzende Grüne

gez.
Frank Knoche
Fraktionsvorsitzender Grüne

gez.
Jan Michael Lange
Fraktionsvorsitzender BfS

gez.
Heinz Bender
Fraktionsvorsitzender BfS

gez.
Ulrich G. Müller
Fraktionsvorsitzender FDP

Hinweis: Der neue gemeinsame Antrag vom 24.11.2017 ersetzt die bisherigen Anträge der antragstellenden Fraktionen zu dieser Thematik.

Zur Vorlage bittet BM Voigt im Namen der antragstellenden Fraktionen um folgende redaktionelle Änderung in den Absätzen 3 und 4:

3. Der Rat der Stadt Solingen fordert den Oberbürgermeister auf, **spätestens zur Sommerpause** (statt am 15.03.2018) die bisherigen Bedarfsdarstellungen....

4. Darüber hinaus soll die Verwaltung bis **zur Sommerpause** (statt 15.03.2018)

Beschluss des FA:

Einstimmig empfiehlt der Finanzausschuss (unter Berücksichtigung der zuvor genannten Änderungen) dem Rat die o.g. Beschlussfassung.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller CDU-Fraktion FDP-Fraktion BfS-Fraktion Fraktion B'90/Grüne-offene Liste	Datum 24.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	FA				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☐ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☐ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Taubenhaus				
☒ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto) 55401010095				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)	0				
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	10.000				
<u>Erläuterung</u>					
<p>Es sollen ein bis zwei Taubenhäuser beschafft werden, um den Taubenbestand in der Innenstadt endlich wirksam zu regulieren und hierdurch die Verschmutzungen zu reduzieren.</p> <p>Taubenhäuser funktionieren und können die Taubenplage lösen, weil dort die Eier der Tauben gegen Attrappen ausgetauscht werden und so die Vermehrung der Tauben unterbunden werden kann.</p> <p>Die einmalige Investition ist mit den zu erwartenden geringeren Aufwendungen der Stadt Solingen in 2018 bei der Landschaftsumlage zu verrechnen.</p>					

Hinweis: Der neue gemeinsame Antrag vom 24.11.2017 ersetzt die bisherigen Anträge der antragstellenden Fraktionen zu dieser Thematik.

Zur Vorlage beantragt RM Herr Flemm für die antragstellenden Fraktionen in den Erläuterungen folgende Änderung:

Absatz 1) Es soll **ein Taubenhaus** (statt ein bis zwei Taubenhäuser) beschafft werden, ...

Beschluss des FA:

Einstimmig stimmt der Finanzausschuss dem geänderten Antrag (siehe Erläuterungen) zu.

Antrag zur Beratung des Haushaltswurfs 2018	
Antragsteller CDU-Fraktion FDP-Fraktion	Datum 24.11.2017

Beratendes Gremium	
Gremium/Gremien:	FA

Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)	
☒ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☐ neue Maßnahme ☒ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen
	Maßnahme-Nr. M 303
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Papierloser Rat (Verpflichtend)
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)

Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)	30.000	35.000	45.000	55.000	55.000
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	47.750	75.000	75.000	80.000	75.000

Erläuterung

Der Wegfall papierhafter Rats- und Ausschussarbeit und Nutzung etwa der Rats-App führt zu erheblichen fiskalischen, ökonomischen und ökologischen Vorteilen.

In Anlehnung an die Vorlage 2535 und unter Betrachtung einer detaillierten Kostenkalkulation, gehen wir von den o.g. Einsparungen p.a. aus, sofern alle Mitglieder des Rates und der Bezirksvertretungen durch die Stadt mit Hardware ausgestattet werden und alle Mitglieder dieser Gremien auf die digitale Arbeit umstellen.

Nicht rechnerisch sinnvoll ist eine (direkte) Einbeziehung der sachkundigen Bürger, da auf Grund der hohen Anzahl von rd. 120 Einzelmitgliedschaften als SB die Kosten höher liegen würden, als bei papierhafter Arbeit.

Ziel ist daher eine Umstellung der Geschäftsordnung des Rates und - im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten - eine verpflichtende papierlose Ratsarbeit.

Hinweis: Der neue gemeinsame Antrag vom 24.11.2017 ersetzt die bisherigen Anträge der antragstellenden Fraktionen zu dieser Thematik.

RM Herr Flemm begründet den Antrag.

Nach Diskussion über die zu erzielenden Einsparungen und persönlicher Erklärung von RM Herrn Fritsche zur Problematik des papierlosen Rates sowie weiteren Erläuterungen von Herrn Wagner zu den wesentlichen Effekten der Einsparungen (u.a. Personalkosten) vereinbaren sich die Fraktionen nach interfraktioneller Abstimmung, das Antragsziel zu korrigieren und das bisherige HSP-Ziel bzw. den Verwaltungsvorschlag in der vorliegenden Form zu belassen.

Weiterhin werden auch die SB mit in den Antrag einbezogen und die Streichung des 3. Absatzes (Erläuterungen) vorgenommen.

Beschluss des FA:

Der Finanzausschuss beschließt **mehrheitlich** (bei 1 Gegenstimme) unter Berücksichtigung der o.g. Änderungen (Einbeziehung der SB) die Realisierung der HSP-Maßnahme in der vorliegenden Fassung.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller Jörn Potthoff, RM SOLINGEN AKTIV	Datum 20.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	Finanzausschuss/Rat				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☒ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☒ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M 02 (ehem.M265)			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Senkung der Kosten der politischen Steuerung (Finanzierung der Fraktionen im Rat)				
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel blsher)					
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	245.000	245.000	245.000	245.000	245.000
Erläuterung					
<p>Mit dem Ratsbeschluss vom 23.6.2016 hat sich der Rat über 130.000 € mehr als im Vorjahr genehmigt: 733.716 € wurden an Zuwendungen an Fraktionen, Gruppen und einzelne Ratsmitglieder für das Jahr 2017 veranschlagt. 2015 waren es dagegen nur 588.119 €. Das sind 147.537 € mehr = + 25 Prozent! Für das Jahr 2018 soll der Gesamtbetrag noch einmal auf 745.000 steigen - immerhin wieder um 14,4 % gegenüber dem Jahr 2016. Dabei haben sich die größeren Parteien mit Steigerungen von 10-20 % weit überproportional mehr genehmigt als die Einzelmandatsträger, deren Beiträge auf einem Sockel von 5700 € pro Jahr gleich blieben - was ausreichend ist.</p> <p>Unseres Erachtens ist die Ratsarbeit Ehrenamt. Nur die notwendigen Personal- und Sachaufwendungen müssen erstattet werden - natürlich auch für die Fraktionsarbeit. Ein Rat, der mit dem Haushalt 2018 wieder 25 Mio. Einsparungen auf Kosten der einfachen Bürger und des städtischen Personals beschließen soll, kann sich nicht im Gegenstaz dazu ständig mehr Gelder genehmigen, ohne unglaubwürdig zu werden und die Politikverdrossenheit zu stärken. Daher schlagen wir eine Deckelung der Ratskosten auf 500.000 € vor und eine entsprechende Änderung der Hauptsatzung - mit einem Pauschalbetrag pro Fraktion/Gruppe/Einzelmandat (statt der gegenwärtigen Staffelung) sowie einem Pro-Kopf-Zuschlag pro Ratsmitglied. Damit werden pro Jahr ca. 233.000 € eingespart.</p>					

Beschluss des FA: Der Finanzausschuss lehnt den Antrag bei 1 Ja-Stimme (LINKE) mehrheitlich ab.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller FDP	Datum 13.11.17

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	HuPa, FA, Rat				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☐ Antrag zum Haushalts- sanierungsplan	☒ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Prüfauftrag: Senkung der Kosten für die politische Steuerung				
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt) 1.11.04, 1.11.04.020				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)					
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)			200.000	500.000	
<u>Erläuterung</u>					
<p>Ab der nächsten Wahlperiode 2020 werden die Bezirksvertretungen von 5 auf 3 reduziert. Dafür werden die Zuschnitte der Bezirksvertretungen neu gefasst. Dies erfordert eine Entscheidung des Rates in 2018, so dass rechtzeitig vor der nächsten Kommunalwahl die Weichen dafür gestellt werden können.</p> <p>Die FDP geht davon aus, dass 3 Bezirksvertretungen ausreichen, um Demokratie vor Ort weiterhin zu gewährleisten. Die GO NW sieht für eine kreisfreie Stadt in der Größenordnung von Solingen 3 Bezirksvertretungen und mehr vor.</p> <p>Solingen mit etwas über 160 Tsd. Einwohnern hat 5 Bezirksvertretungen. Die Stadt Köln mit mehr als 1 Mio. Einwohnern hat 9 Bezirksvertretungen.</p> <p>Zusätzlich wird die Zahl der Ausschüsse und Unterausschüsse reduziert.</p>					

Der Antrag wird seitens der antragstellenden Fraktion zurückgezogen

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller Bürgergemeinschaft für Solingen CDU FDP	Datum 23.11.2017

Beratendes Gremium	
Gremium/Gremien:	HuPA, FA, Rat

Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)		
☒ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☐ neue Maßnahme ☒ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M 299
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Aussetzung der Erhöhung von 25 Punkten bei der Grundsteuererhöhung auf das Jahr 2019 und Einführung einer quartalsweisen Überprüfung der Absenkungsmöglichkeit bei bestimmten Parametern	
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt) 610101, 6106	
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto) 401200, 01	

Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)	-1.450.000	-1.450.000	-1.450.000	-1.450.000	-1.450.000
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	-1.450.000	-1.450.000	-1.450.000	-1.450.000	-1.450.000

Erläuterung

Die BFS begrüßt ausdrücklich die Einsicht der Verwaltung hinsichtlich einer teilweisen Aussetzung der im Jahr 2014 beschlossenen Grundsteuererhöhung um 25 Punkte auf lediglich 75 Punkte für das Jahr 2018, hält diesen Schritt jedoch nicht für ausreichend.

Auch wenn der Haushalt 2018 sicherlich die ein oder andere Risiken birgt, so sollten auch nicht die durchaus positiven Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb der Bundesrepublik ausgeblendet werden, welche ein weiteres stabiles und aufstrebendes wirtschaftliches Umfeld voraussagen. Mit Blick darauf kann man erwarten, dass es im Jahr 2018 auch durchaus zu greifbaren positiven Einnahmeeffekten für die Stadt Solingen kommen kann, welche wir dann auch 1:1 an die Bürgerinnen und Bürger zurückgeben wollen.

Deshalb stellen wir den Antrag, dass ab einem Mehreinnahmebetrag von 2 Mio. € dieser möglichst umgehend zu einer unterjährigen Senkung der Grundsteuer genutzt werden soll. Seitens der Verwaltung soll daher für die Entscheidung im Rat bzw. dem Finanzausschuss jedes Quartal entsprechendes Zahlenmaterial zwecks Überprüfung und Entscheidungsfindung zu einer möglicher Anpassung vorgelegt werden, die Umsetzung dann z.B. im Rahmen eines Nachtragshaushaltes erfolgen.

Durch ein solches Vorgehen werden alle Solingerinnen und Solinger an der positiven Entwicklung beteiligt und der Überschuss wird nicht für lediglich starke Lobbys und deren Projekte genutzt

Nach interfraktioneller Abstimmung beantragen die antragstellenden Fraktionen von einer Änderung des Verwaltungsvorschlages abzusehen und die HSP-Maßnahme in der ursprünglichen Fassung zu belassen. Die Erläuterungen werden im 3. Absatz neu formuliert, der wie folgt lautet:

„Deshalb fordern wir den Oberbürgermeister auf, dass unterjährige Mehreinnahmen umgehend zu einer zeitnahen Senkung der Grundsteuer genutzt werden. Seitens der Verwaltung soll daher jedes Quartal entsprechendes Zahlenmaterial zwecks Monitoring der aktuellen Einnahmesituation vorgelegt werden, die Umsetzung dann im Rahmen eines Nachtragshaushaltes – mit entsprechender Einbindung des Finanzausschusses und des Rates der Stadt Solingen- durch den Oberbürgermeister- erfolgen.“

Beschluss des FA:

Einstimmig bei 1 Enthaltung (LINKE) stimmt der Finanzausschuss dem in Absatz 3 geänderten Antrag zur Beibehaltung der HSP-Maßnahme M 299 auf Grundlage des Verwaltungsvorschlages zu.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018					
Antragsteller SPD-Fraktion			Datum 20.11.2017		
Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:		Finanzausschuss, Rat			
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☐	Antrag zum Haushalts-sensierungsplan	☐	neue Maßnahme	☐	Maßnahme-Nr.
		☐	Maßnahme anpassen		M
		☐	Maßnahme streichen		
		Maßnahmen-Bezeichnung (neu)			
☒	Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)			
		N.N.			
		Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)			
		N.N.			
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)					
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)					
Erläuterung					
Freigabe der Mittel für Planung und Umsetzung der Sanierungsmaßnahme Fachräume Gymnasium Schweitstraße erst nach Besichtigung und Beschlussfassung durch den Ausschuss für Schule und Weiterbildung.					

Beschluss des FA: Der Finanzausschuss verweist den o.g. Antrag zur Beratung und Beschlussfassung in den fachlich zuständigen ASW.

**- Empfehlungen/Beschlüsse der
Bezirksvertretungen -**

B E S C H L U S S A U S F E R T I G U N G

Bezirksvertretung Gräfrath

Sitzungsdatum: 14.11.2017 öffentlich
Vorlage Nr.: 5000 Gr

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Federführend 20 Finanzmanagement

Durchschrift

Nachstehender Beschlussauszug wird zur Kenntnisnahme bzw. zur weiteren Veranlassung übersandt.

Punkt 4

Etatberatung für das Haushaltsjahr 2018 einschließlich der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung bis 2020 und des Haushaltssanierungsplanes 2018 ff.

hier: Mitwirkung gem. § 37 Abs. 4 Gemeindeordnung NRW

Vorlage Nr. 5000 Gr

Die Bezirksvertretung Gräfrath empfiehlt einstimmig dem Finanzausschuss, dass die Finanzierung der Sanierung der Grundschule Gerberstraße spätestens in 2020 erfolgen und nicht weiter verschoben werden soll.

Solingen, 15..2017

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Der Oberbürgermeister
Im Auftrag

gez. Knott

B E S C H L U S S A U S F E R T I G U N G

Bezirksvertretung Mitte

Sitzungsdatum: 16.11.2017 öffentlich
Vorlage Nr.: 5000 MI

Abstimmungsergebnis:

Federführend 20 Finanzmanagement

Durchschrift

Nachstehender Beschlussauszug wird zur Kenntnisnahme bzw. zur weiteren Veranlassung übersandt.

Punkt 10

Etatberatung für das Haushaltsjahr 2018 einschließlich der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung bis 2020 und des Haushaltssanierungsplanes 2018 ff.

hier: Mitwirkung gem. § 37 Abs. 4 Gemeindeordnung NRW

Vorlage Nr. 5000 MI

Die Bezirksvertretung Mitte beschließt einstimmig in der Anlage 21 10.000 Euro für das Taubenhaus einzustellen.

Die Bezirksvertretung Mitte beschließt einstimmig im Teilplan 5401: 55401010081 Friedrichstr.-Querungshilfe Hs.-Nr.41-43, den Zusatz: „und Zebrastreifen“ einzufügen. Ebenfalls soll die bereits eingestellte Summe um 11.000 Euro erhöht werden.

Die Bezirksvertretung Mitte beschließt einstimmig bei 1 Enthaltung (Frau Winter) 20.000 Euro für die Außentreppe am Dickenbusch an der Kölner Straße, einzustellen.

Solingen, 17.11.2017

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Der Oberbürgermeister
Im Auftrag

gez. Knott

Hinweis zum Taubenhaus: Siehe Anträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Antrag zum Investitionsplan) sowie Anträge von CDU und FDP Ergebnis/Finanzplan.

B E S C H L U S S A U S F E R T I G U N G

Bezirksvertretung Ohligs/Aufderhöhe/Merscheid

Sitzungsdatum: 13.11.2017 öffentlich
Vorlage Nr.: 5000
O/A/ME

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Federführend 20 Finanzmanagement

Durchschrift

Nachstehender Beschlussauszug wird zur Kenntnisnahme bzw. zur weiteren Veranlassung übersandt.

Punkt 7

Etatberatung für das Haushaltsjahr 2018 einschließlich der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung bis 2020 und des Haushaltssanierungsplanes 2018 ff.

**hier: Mitwirkung gem. § 37 Abs. 4 Gemeindeordnung NRW
Vorlage Nr. 5000 O/A/ME**

Die Bezirksvertretung Ohligs/Aufderhöhe/Merscheid fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Bezirksvertretung sieht besonderen Raumbedarf an den Grundschulen Aufderhöhe und Uhlandstraße und bittet, dies haushaltsrechtlich zu berücksichtigen.

Solingen, 14..11.2017

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Der Oberbürgermeister
Im Auftrag

gez. Knott

BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

Bezirksvertretung Wald

Sitzungsdatum: 20.11.2017 öffentlich
Vorlage Nr.: 3140

Federführend 61-3 Mobilität und generelle Planung

Durchschrift Ressort 5, Ressort 2, 20

Nachstehender Beschlussauszug wird zur Kenntnisnahme bzw. zur weiteren Veranlassung übersandt.

Punkt 5

Veloroute Düsseldorf - Hilden - Solingen - Wuppertal Vorlage Nr. 3140

Die Bezirksvertretung Wald empfiehlt einstimmig - bei einer Enthaltung (Herr Winter) - dem ASUKM die nachstehende Beschlussfassung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt, Klimaschutz und Mobilität beschließt

- die Übernahme der gesamten Veloroute als städteübergreifende und qualifizierte Radverkehrsverbindung in seine Zuständigkeit, analog dem Hauptverkehrsstraßennetz,
- die Änderung der Route des Radverkehrsnetzes NRW nach Hilden (über Elsässer Straße/Theodor-Storm-Weg statt über Hildener Straße/Walder Straße) mit der entsprechenden Anpassung der Wegweisung,
- die Ergänzung einer Route des Radverkehrsnetzes NRW über die Holbeinstraße zum geplanten Zugang zur Korkenziehertrasse,
- die Umsetzung aller im Förderantrag enthaltenen Maßnahmen außer Nr. 5 (Optimierung Linksabbiegen Hildener/Elsässer Straße, bereits im Rahmen des KInvFG beschlossen) und Nr. 19 (Anpassung Rampe zum Parkplatz Kunstmuseum, von der Verwaltung aus dem Antrag entnommen); im Falle der Erteilung des Zuwendungsbescheides
- die Durchführung der beantragten Maßnahmen zur Vermarktung der Veloroute.

Der ASUKM empfiehlt dem Finanzausschuss die nachfolgende Beschlussfassung:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, im Rahmen des Beschlusses zum Haushaltsplan 2018 und der Finanzplanung für die Jahre 2019 bis 2021 die zur Realisierung der Veloroute (große Variante) unter 4.1 der Vorlage dargestellte Finanzierung zu beschließen.

Frau Häcker sagt zu, dass bei Umsetzung oder Änderung der Maßnahmen die Bezirksvertretung Wald informiert werde.

Solingen, 21.11.2017

25 Für die Richtigkeit des Auszuges:
Der Oberbürgermeister
Im Auftrag
gez.

**- Aus Fachausschüssen zur Beratung in den
Finanzausschuss verwiesene Themen /
Tagesordnungspunkte -**

B E S C H L U S S A U S F E R T I G U N G

Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Sitzungsdatum: 21.11.2017 öffentlich
Vorlage Nr.: 5000

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Federführend 20 Finanzmanagement

Durchschrift R4, R4-10, R2-10

Nachstehender Beschlussauszug wird zur Kenntnisnahme bzw. zur weiteren Veranlassung übersandt.

Punkt 9

Etatberatung für das Haushaltsjahr 2018 einschließlich der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung bis 2020 und des Haushaltssanierungsplanes 2018 ff.

Vorlage Nr. 5000

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt einstimmig, den Antrag von der Ratsfraktion "DIE LINKE" vom 09.11.2017, in den Finanzausschuss zu verweisen.

Die Satzung der Stadt Solingen über die Erhebung von Elternbeiträgen (Elternbeitragssatzung) wird mit Wirkung zum 1.1.2018 aufgehoben. Der Besuch von Kindertagesstätten und außerunterrichtlichen Betreuungsangeboten im Rahmen der Ganztagschulen ist ab diesem Zeitpunkt kostenlos.

Solingen, 22.11.2017

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Der Oberbürgermeister
Im Auftrag

gez. Jacqueline Werner

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller Ratsfraktion DIE LINKE	Datum 9.11.2017

Beratendes Gremium	
Gremium/Gremien:	JHA, ASW, FA

Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)		
☒ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☒ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Die Satzung der Stadt Solingen über die Erhebung von Elternbeiträgen (Elternbeitragssatzung) wird mit Wirkung zum 1.1.2018 aufgehoben. Der Besuch von Kindertagesstätten und außerunterrichtlichen Betreuungsangeboten im Rahmen der Ganztagschulen ist ab diesem Zeitpunkt kostenlos.	
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)	
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)	

Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)					
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)					

Erläuterung

Durch die wenig progressive Steigerung der Beiträge treffen die durch die Erhebung von Elternbeiträgen entstehenden Belastungen insbesondere Familien mit unterem und mittlerem Einkommen. So entsteht beispielsweise Eltern mit einem Jahreseinkommen ab 12.501 € bei der Betreuung eines unter Dreijährigen mit einem wöchentlichen Betreuungsvolumen von 45 Stunden, eine Beitragsbelastung von 816€ also über 6,5% des Jahreseinkommens. Hingegen beträgt die Beitragslast bei gleichem Betreuungsvolumen und einem Jahreseinkommen von bis zu 71.000€ nur eine Belastung von 3750€, also nur etwas über 5%.

Die maximale Bemessungsgrenze liegt zudem bei 71.000€, somit wirklich hohe Einkommen gar nicht weiter berücksichtigt.

Erst die Beitragsfreiheit ermöglicht eine faktische Umsetzung des Rechtsanspruches, da dieser ansonsten an die finanzielle Leistungsfähigkeit der Erziehungsberechtigten gebunden ist.

Ebenso entfällt, der mit der Erhebung verbundene bürokratische Aufwand.

Beschluss des FA:

Mehrheitlich bei 1 Ja-Stimme (LINKE) und 1 Enthaltung (Grüne) lehnt der Finanzausschuss den o.a. Antrag ab.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller SOLINGEN AKTIV	Datum 20.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	Finanzausschuss , Rat				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☒ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☐ neue Maßnahme ☒ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. Mneu04 (ehmal. M335)			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Verfahrensoptimierung Elternbeiträge				
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)					
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
Erläuterung					
<p>Auch wir plädieren für eine Änderung der Elternbeitragssatzung und für einen höheren Konsolidierungsbeitrag - allerdings nur auf Kosten von Eltern mit deutlich höherem Einkommen. Gegenwärtig zahlen Eltern mit einem Einkommen bis 25.000 € bei einem über 3-jährigen Kind 3,65 % ihres Einkommens für Kindergartenbeiträge, Eltern mit einem Einkommen bis 71.000 zahlen 4,26 %, über 71.000 € steigt der Betrag aber nicht mehr und ist auf 300 € gedeckelt. Daher zahlen Eltern mit zum Beispiel 100.000 € wieder nur 3,6 % ihres Einkommens. Das ist angesichts ihrer Finanzkraft und der klammen Kassen der Kindertagesstätten mehr als ungerecht. Deshalb unser Vorschlag zur Änderung der Elternbeitragssatzung: Ab einem Einkommen von 71.000 € aufwärts zahlen Eltern jeweils 5 % ihres Einkommens. Dann würden die oben genannten Eltern mit 100.000 € zum Beispiel 5000 € im Jahr = 416,66 € im Monat bezahlen müssen. Das sind 1400 € pro Jahr und 116,66 € pro Monat mehr als nach der jetzigen Satzung. Eltern mit 200.000 € zahlen 10.000 pro Jahr und 533 pro Monat. Das sind 6400 € pro Jahr und 233 € monatlich mehr mehr als nach der jetzigen Regelung. Der Einsparbetrag kann von uns nur geschätzt werden und ist zu prüfen.</p>					

Beschluss des FA:

Mehrheitlich bei 1 Ja-Stimme (LINKE) lehnt der Finanzausschuss den o.a. Antrag ab.

Vorlage 5000

Beratung in den Fachausschüssen

Die Fachausschüsse haben die Beratungen zur Vorlage Nr. 5000 Etatberatung für das Haushaltsjahr 2018 einschließlich der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung bis 2020 und des Haushaltssanierungsplanes 2018 ff. in den Finanzausschuss verwiesen.

- Anträge zum Haushaltssanierungsplan -

Herrn Oberbürgermeister
Tim-O. Kurzbach

Herrn Vorsitzenden
Dr. Kay Zerlin

Fraktionsvorsitzende: Iris Preuß-Buchholz
Fraktionsgeschäftsführer: Wolfgang Schreiber
Telefon: +49 (0) 212 - 222 51-0
Telefax: + 49 (0) 212 - 222 51-35
eMail: spd.ratsfraktionsolingen@spd.d
e
Datum: 20.11.2017

**Sitzung des Finanzausschusses am 27.11.2017 (Finanzklausur), TOP 31 Etatberatung
Sitzung des Rates am 30.11.2017, TOP 6 Etatberatung**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion bitte ich Sie, in den oben genannten Sitzungen unter dem jeweiligen Tagesordnungspunkt Etatberatung den folgenden Antrag zur Abstimmung zu stellen:

1.1 Finanzausschuss:

„Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Beschlussfassung unter 1.2.“

1.2 Rat:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die HSP-Maßnahme 302 durch folgende Maßnahmen zu stärken:

- a. Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt, Klimaschutz und Mobilität ist Anfang 2018 eine Prioritätenliste vorzulegen, welche Ampelanlagen zu welchem Zeitpunkt ganz oder zeitweise abgeschaltet werden können.
- b. Der Ersatz alter Ampelanlagen durch moderne Systeme kann ab sofort erst nach Beratung in der zuständigen Bezirksvertretung und im Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt, Klimaschutz und Mobilität auf Beschluss des ASUKM erfolgen.
- c. Dem Ausschuss ist zudem eine Liste der Ampelanlagen vorzulegen, die bisher ganz oder zeitweise abgeschaltet wurden.“

Begründung:

Erfolgt mündlich in der Sitzung.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Iris Preuß-Buchholz
Fraktionsvorsitzende

Beschluss des FA:

Der Finanzausschuss verweist den Antrag zu Beratung und Beschlussfassung in den fachlich zuständigen ASUKM.

Hinweis:

Die Verwaltung wird den TOP zur nächsten Sitzung des ASUKM anmelden.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018					
Antragsteller SOLINGEN AKTIV			Datum 13.11.2017		
Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:					
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☒ Antrag zum Haushalts- sanierungsplan	☐ neue Maßnahme		Maßnahme-Nr.		
	☐ Maßnahme anpassen		M 238		
	☒ Maßnahme streichen		Maßnahmen-Bezeichnung (neu)		
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)	500.000	500.000	500.000	500.000	
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	0	0	0	0	
Erläuterung Angesichts der Verluste des Klinikums bis 08.2017 und zu erwarteten ca 4 Mio bis 12.2017 ist das Klinikum finanziell nicht liquide, diese Summe an die Stadt zu zahlen.					

Beschluss des FA: Der Finanzausschuss lehnt den Antrag bei 1 Ja-Stimme (LINKE) mehrheitlich ab.

Zur Beratung der nachfolgenden Anträge zur Maßnahme M 299 wird auf **die Beschlussvorlage Ratsdrucks. 3170 Erhöhung der Grundsteuer A und Grundsteuer B** verwiesen.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018					
Antragsteller SOLINGEN AKTIV			Datum 20.11.2017		
Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:		FA,Rat			
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☒ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☐ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☒ Maßnahme streichen		Maßnahme-Nr. M 299		
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu)				
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)	4.225.000	5.700.000	5.725.000	5.750.000	
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	0	0	0	0	
Erläuterung					
<p>Wir lehnen die Erhöhung der Grundsteuer B um 100 Punkte im Gesamtvolumen von 5,5 Millionen Euro ab, da sie statt vermögender Bürgerinnen und Bürger nur Menschen mit hauptsächlich niedrigen bis mittleren Erwerb treffen wird. (Untere und mittlere Einkommen)</p>					

Beschluss des FA: Der Finanzausschuss lehnt den Antrag einstimmig ab.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller Ratsfraktion DIE LINKE	Datum 9.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	FA				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☒ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☒ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Der Hebesatz der Gewerbesteuer wird mit Wirkung zum 1.1.2018, auf 490 Prozentpunkte angehoben..				
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)					
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)					
Eräuterung Der Hebesatz der Gewerbesteuer ist eine der wenigen Stellschrauben, bei denen die Kommune die Möglichkeit hat, ihre Einnahmen direkt zu beeinflussen. Die in den letzten Jahren im Bereich der Unternehmens- und Körperschaftssteuer vorgenommenen Entlastungen, bieten ausreichenden Spielraum für eine geringfügige Erhöhung. Ebenso ist es im Sinne einer Vereinheitlichung im Bergischen Städtedreieck sinnvoll, den Hebesatz an das Niveau in Remscheid und Wuppertal anzupassen.					

Beschluss des FA: Der FA lehnt den Antrag bei 1 Ja-Stimme (LINKE) und 1 Enthaltung (Grüne) mehrheitlich ab.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller RM Jörn Potthoff - SOLINGEN AKTIV	Datum 20.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	Finanzausschuss/Rat				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☒ Antrag zum Haushalts- sanierungsplan	☒ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. Mneu01			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Anhebung Gewerbesteuer				
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)	0	0	0	0	
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	3.000.000	3.500.000	3.500.000	3.500.000	
Erläuterung					
<p>In den aktuellen HSP-Maßnahmen ist die Maßnahme M 054 zur Gewerbesteuer nicht mehr extra genannt, weil der Beschluss von 2015 fortgeschrieben wird. Wir halten dennoch an unserem Antrag von 2015 fest:</p> <p>Eine schrittweise Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes von derzeit 475 auf das Niveau unserer vergleichbaren Nachbarstädte Wuppertal und Remscheid mit 490 Hebesatzpunkten ist angemessen und möglich! Mit der Erhöhung des Hebesatzes auf 475 Punkte im Jahr 2015 stieg der Gewerbesteuerertrag allen Unkenrufen zum Trotz im Jahr 2015 auf ca. 86,8 Millionen, 2016 auf 93,1 Mio.€, 2017 auf 99,2 Mio. €. Und für 2018 sind immerhin 98,5 Millionen geplant mit einer Steigerung auf 109 Millionen bis 2021. Das beweist: die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes führt nicht automatisch zur Steuerflucht und Senkung der Einnahmen. Wenn naheliegende Städte im Umkreis ihre Gewerbesteuern aus Konkurrenzgründen senken, muss dies kritisch kommentiert werden - zugleich ist deren Finanzierung nicht mit kreisfreien Städten wie Solingen vergleichbar. Wir schlagen wir vor, den Hebesatz schrittweise zu erhöhen: Im Jahr 2018 auf 485 und 2019 auf 490 (die Einnahmepotentiale bei einer Anhebung um 25 Punkte auf 500 beziffert die Stadt auf 4,3 Mio. € pro Jahr, eine Erhöhung um nur 15 Punkte auf 490 brächte dann vielleicht 3 bis 3,5 Mio. mehr ein). Und warum sollen die Unternehmen nicht auch ihren Anteil an der Stabilisierung des Haushaltes leisten, statt alles nur auf den kleinen Mann abzuwälzen? Kleine Gewerbebetriebe wie Einzelunternehmen und Personengesellschaften sind davon nur wenig betroffen, da diesen die Gewerbesteuer in der Regel zum größten Teil wieder auf die Einkommensteuer angerechnet werden kann. Kapitalgesellschaften, die durch die Gewerbesteuer belastet werden, wurden seit 2009 jedoch durch die Senkung der Körperschaftsteuer deutlich entlastet.</p>					

Beschluss des FA: Einstimmig lehnt der Finanzausschuss den Antrag ab.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller Bündnis90/Die Grünen-offene Liste	Datum 7.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	FA / Rat				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☒ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☒ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Prüfauftrag: Reduzierung der Kosten des städtischen Fuhrparks				
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)					
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)					
<u>Erläuterung</u>					
Im Rahmen der Bemühungen um umweltfreundliches städtisches Handeln wird der Fuhrpark der Stadt umgestellt auf die vermehrte Nutzung von Kleinstfahrzeugen und Pedelcs sowie auf Carsharing / Carpooling.					

Beschluss des FA: Der Finanzausschuss beschließt den Antrag einstimmig als Prüfauftrag an die Verwaltung.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller Bündnis90/Die Grünen-offene Liste	Datum 7.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	FA / Rat				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☒ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☐ neue Maßnahme ☒ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M 301			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Klimaschutzkonzept: z.B. Einsetzen von LED Leuchten; Heizkosten-/Energiekostencontrolling; Fortführung Energiesparhelfer*innen Titelergänzung: ..., beschleunigten Heizungs austausch				
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	100.000	120.000	140.000	160.000	160.000
<u>Erläuterung</u>					
Der beschleunigte Heizungs austausch bei Altgeräten ist ein wesentlicher Bestandteil einer umfassenden energetischen Gebäudesanierung, der sofort wirksam wird und zu spürbaren Ausgabereduzierungen führt.					

RM Frau Zsack-Möllmann beantragt, den Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher) beizubehalten und korrigiert den Antrag der Grünen dahingehend.

Beschluss des FA: Einstimmig folgt der Finanzausschuss der Änderung des Antrages zur Beibehaltung des HSP-Maßnahme in der vorliegenden Form.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller Bündnis90/Die Grünen-offene Liste	Datum 7.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	FA / Rat				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☒ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☒ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M neu 5			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Prüfauftrag: Optimierung der Wärmeversorgung in Zusammenarbeit von TBS, MHKW und SWS				
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)					
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	0				
<u>Erläuterung</u> Vor allem im Bereich der Wärmeversorgung könnten auch in Solingen noch viele Energieeinsparpotentiale gehoben werden. Angesichts der dramatischen klimatologischen Entwicklung und im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung unserer Stadt sollte dies möglichst zeitnah geprüft werden.					

Beschluss des FA: Einstimmig beschließt der Finanzausschuss den Antrag in Form eines Prüfauftrages an die Verwaltung.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller Bündnis90/Die Grünen-offene Liste	Datum 7.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	FA / Rat				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☒ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☒ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen				
	Maßnahme-Nr. M neu 3				
Maßnahmen-Bezeichnung (neu)					
Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Leuchten					
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)					
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	20.000	40.000	80.000	100.000	100.000
<u>Erläuterung</u>					
Der Einsatz von LED-Leuchten im öffentlichen Raum führt mittelfristig zu deutlichen Einsparungen bei den Energieausgaben in der Straßenbeleuchtung, so dass sich die notwendigen Investitionen auszahlen werden.					

RM Frau Zsack-Möllmann reduziert das Antragsziel auf je 20.000 Euro für die Jahre 2019 – 2021 und strukturell.

Beschluss des FA:

Der Finanzausschuss stimmt dem Antrag in der geänderten Form einstimmig zu.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller Bürgergemeinschaft für Solingen	Datum 18.11.2017

Beratendes Gremium	
Gremium/Gremien:	HuPA, FA, Rat

Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)		
☒ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☐ neue Maßnahme ☒ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M 302
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Anhebung des Budget für Bürgerbeteiligung und Übernahme der Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt 2017 (HSP M302)	
☒ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt) div.	
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto) div.	

Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000

Erläuterung

Die BFS beantragt die Aufstockung des jährlichen Budgets für die Bürgerbeteiligung in unserer Stadt um 20 T€ auf dann 100 T€. Gute, wichtige und richtige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger kostet Geld, welches wir im Sinne der Sache auch bereitstellen sollten.

Die strategische Ausarbeitung der Lenkungsgruppe Bürgerbeteiligung weist bereits mehrere sinnvolle Ansätze und Ideen auf, diese müssen nun auch ausreichend monetarisiert werden.

So wurde beispielhaft die Anschaffung / der Betrieb eines Bürgerbeteiligungsbusses vorgeschlagen, um so alle Bürgerinnen und Bürgern dezentral für die Bürgerbeteiligung zu gewinnen und auch zu erreichen.

Zugleich ist es uns auch ein Anliegen, dass die um Bürgerhaushalt 2017 angeregten Vorschläge seitens der Bürgerschaft endlich auch umgesetzt werden. Dies betrifft insbesondere die Nutzung von mehr Zebrastreifen im Verkehrsraum, der Bevorzugung von Kreisverkehren vor der Errichtung von Ampelanlagen und die zeitgesteuerte Schaltung von Ampeln in den Nachtstunden an wenig befahrenen Straßen.

Der Vertreter der BfS korrigiert das Antragsziel für die Jahre 2019 – 2021 und strukturell auf den jeweiligen Verwaltungsvorschlag (80.000 Euro) hin. Für 2018 soll die Aufstockung um 20.000 Euro (auf 100.000 Euro) bestehen bleiben.

Beschluss des FA:

Mehrheitlich stimmt der Finanzausschuss bei 1 Gegenstimme (LINKE) der Änderung des Antrages zu.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller - FDP	Datum 13.11.17

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	HuPa, FA, Rat				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☐ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☐ neue Maßnahme	Maßnahme-Nr.			
	☒ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	M 334			
Maßnahmen-Bezeichnung (neu)					
Interkommunale Zusammenarbeit					
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)	0	0	0	0	
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	0	250.000	250.000	250.000	
Erläuterung					
<p>Die Verwaltung hat die Maßnahme aufgrund des derzeitigen Gesprächsstandes sicherheitshalber auf 0 gesetzt.</p> <p>Dies ist aus Sicht der FDP ein mangelhaftes Zeugnis für die interkommunale Zusammenarbeit. Die Stadt Solingen soll die Gespräche mit den bergischen Städten wieder vorantreiben, auch mit dem Ziel, durch Zusammenarbeit Kosten einzusparen. Von daher hält es die FDP nicht für sinnvoll, die HSP-Maßnahme auf 0 zu setzen.</p> <p>Für eine interkommunale Zusammenarbeit bieten sich die begonnenen Projekte KfZ-Zulassungsstelle, Kultur, e-Government, kommunale Ordnungsdienste und Rechtsämter an.</p>					

FDP-Fraktion korrigiert den Antrag auf den Verwaltungsvorschlag hin.

Beschluss des FA: Der FA beschließt einstimmig den Antrag (Seite 42) als Prüfauftrag an die Verwaltung.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018					
Antragsteller Ratsfraktion DIE LINKE			Datum 20.11.2017		
Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:		ASW, FA			
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☒ Antrag zum Haushalts- sanierungsplan	☒ neue Maßnahme	Maßnahme-Nr.			
	☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	M			
Maßnahmen-Bezeichnung (neu)					
Die Stadtverwaltung ermittelt in enger Zusammenarbeit mit Schüler/innenvertretungen, Lehrerschaft, Elternvertretungen und Schulleitungen den Bedarf an zusätzlichen Personal für die Sicherstellung hygienischer Zustände an den Solinger Schulen und stellt die nötigen Mittel, auch für die ausreichende Bereitstellung von Hygieneartikeln (Toilettenpapier, Seife), im Haushalt bereit.					
Die Schulverwaltung kündigt die mit Fremdfirmen bestehenden Verträge zum nächstmöglichen Zeitpunkt. Die Reinigung wird ab diesem Zeitpunkt durch städtisches Reinigungspersonal durchgeführt					
Insbesondere wird umgehend einer zweiter täglicher Reinigungsintervall für die sanitären Anlagen eingeführt.					
Darüber hinaus werden Mittel für umfassende Sanierungen, mit dem Schwerpunkt auf die dauerhafte Sicherstellung hygienischer Zustände bereitgestellt.					
Es findet eine Dokumentation der durchgeführten Reinigungsmaßnahmen und festgestellten Mängel statt.					
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)					
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)					

Beschluss des FA: Bei 1 Ja-Stimme (LINKE) und 2 Enthaltungen (Grüne) lehnt der Finanzausschuss den o.g. Antrag mehrheitlich ab.

Hinweis: Die für die Beratung zuständigen Fachausschüsse sind der ASW und der ZBA.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller Ratsfraktion DIE LINKE	Datum 9.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	AKST, FA				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☒ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☒ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Die Museen der Stadt Solingen führen einen monatlich einheitlichen Museumstag ein. Dieser wird in Absprache mit dem LVR-Industriemuseum Gesenkschmiede terminiert. Am Museumstag haben alle Museumsgäste freien Eintritt in die städtischen Museen.				
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)					
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)					
Erläuterung					
<p>Als öffentlich finanzierte Einrichtungen mit Bildungsauftrag, kommt den kommunalen Museen eine erhebliche Rolle bei der Vermittlung kultureller Inhalte zu. Die sogenannte Bezahlschranke stellt in diesem Zusammenhang ein Hindernis für die uneingeschränkte und gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am kulturellen Angebot dar. Durch den Wegfall der Bezahlschranke an einem Tag im Monat, können auch Menschen die bislang durch diese vom Besuch abgehalten wurden die Angebote der Museen wahrnehmen.</p> <p>Aus bisherigen Erfahrungen, ergibt sich ein sichtbare Zunahme des Interesses am musealen Angebot, wenn die Möglichkeit besteht dies auch kostenlos wahrzunehmen.</p> <p>Ebenso ergibt sich hieraus ein Imagegewinn für die kommunalen Museen Solingens der über die Stadtgrenzen hinaus wirkt.</p>					

Beschluss des FA:

Der Finanzausschuss lehnt bei 1-Ja-Stimme (LINKE) den Antrag mehrheitlich ab.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller Ratsfraktion DIE LINKE	Datum 9.11.2017

Beratendes Gremium	
Gremium/Gremien:	AKST, JHA, FA

Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)		
☒ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☒ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren erhalten freien Eintritt in die Museen der Stadt Solingen.	
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)	
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)	

Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)					
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)					

<p>Erläuterung</p> <p>Eine zentrale Aufgabe kommunaler Kultureinrichtungen ist es, insbesondere jungen Menschen den ungehinderten Zugang zu einem breiten Angebot kultureller Bildung zu ermöglichen. Aus diesem Grund sieht der LVR ebenso wie einige andere Träger von Museen, von einer Erhebung von Eintrittsgeldern für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren ab. Hierdurch wird insbesondere auch jungen Menschen aus einkommensschwachen Familien der Besuch von Museen ermöglicht.</p>
--

Beschluss des FA:

Der Finanzausschuss lehnt bei 1-Ja-Stimme (LINKE) den Antrag mehrheitlich ab.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller Ratsfraktion DIE LINKE	Datum 9.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	AKST, ASGWSB, FA				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☒ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☒ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach SGB II, SGB XII und AsylbLG erhalten uneingeschränkten, freien Eintritt in die Museen der Stadt Solingen.				
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)					
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)					
Erläuterung					
<p>Durch die Erhebung von Eintrittsgeldern werden Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen in erheblichen Maße an der Wahrnehmung kultureller Angebote gehindert. Hierdurch ist die Möglichkeit zur Teilhabe für den genannten Personenkreis nicht im erforderlichen Maße gegeben.</p> <p>Die kostenlose Bereitstellung des musealen Angebots, führt in diesem Zusammenhang zu einer Verbesserung im Sinne einer gleichberechtigten Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger.</p>					

Beschluss des FA:

Der Finanzausschuss lehnt bei 1-Ja-Stimme (LINKE) den Antrag mehrheitlich ab.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller Ratsfraktion DIE LINKE	Datum 9.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	AKST, Beirat für Menschen mit Behinderung, FA				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☒ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☒ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Menschen mit Behinderung erhalten auf Vorlage eines entsprechenden Nachweises ebenso wie eine Begleitperson freien Eintritt in die Museen der Stadt Solingen.				
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)					
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)					
Erläuterung					
<p>Für Menschen mit Behinderung gibt es auch im Kulturbereich zahlreiche Barrieren, die eine gleichberechtigte Teilhabe verhindern. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen und Menschen mit Behinderung eine verbesserte Teilhabe zu ermöglichen, haben u.a. die Museen des LVR den Eintritt für den genannten Personenkreis abgeschafft.</p>					

Beschluss des FA:

Der Finanzausschuss lehnt bei 1-Ja-Stimme (LINKE) den Antrag mehrheitlich ab.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller Ratsfraktion DIE LINKE	Datum 17.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	ASUKM, FA				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☒ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☒ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Durch die Einrichtung eines Winterdienstes wird zukünftig die ganzjährige Benutzbarkeit der Korkenziehertrasse gewährleistet.				
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)					
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)					
Erläuterung					
<p>Die Trasse als Verbindung zwischen Gräfrath und Südpark erfreut sich großer Beliebtheit. Zunehmend wird diese Verbindung auch von Berufstätigen und Schülerinnen und Schülern genutzt. In diesem Zusammenhang ist es sowohl im Sinne von Radfahrerinnen und Radfahrern wie auch von Fußgängerinnen und Fußgängern erstrebenswert, die Trasse durch die Einrichtung eines Winterdienstes ganzjährig benutzbar zu machen.</p> <p>Die Erforderlichkeit einer solchen Maßnahme ergibt sich auch aus der im Solinger Tageblatt vom 22.5.2017 zitierten Studie des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs in der Solingen in Bezug auf das Fahrradklima nur Platz 32 von 38 vergleichbaren Städten erreicht. Hierbei wird der mangelnde Winterdienst als gravierender Grund für die Einstufung genannt.</p>					

Beschluss des FA:

Der Finanzausschuss lehnt bei 2 Enthaltungen (Grüne) den Antrag einstimmig ab

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018					
Antragsteller SOLINGEN AKTIV			Datum 13.11.2017		
Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:					
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☒ Antrag zum Haushalts- sanierungsplan	☐ neue Maßnahme		Maßnahme-Nr.		
	☐ Maßnahme anpassen		M 243		
	☒ Maßnahme streichen		Maßnahmen-Bezeichnung (neu)		
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan					
Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)					
Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)					
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)	75.000	75.000	75.000	75.000	
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	0	0	0	0	
Erläuterung Keine Kostensenkung bei der VHS u.a. als Kultur und Bildungsträger zulasten der Solingerinnen und Solinger.					

Beschluss des FA:

Der Finanzausschuss lehnt den Antrag einstimmig ab.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller RM Jörn Potthoff - SOLINGEN AKTIV	Datum 20.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	Finanzausschuss/Rat				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☒ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☐ neue Maßnahme ☒ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M 263			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Konsolidierungsbeitrag Stadt-Sparkasse Solingen				
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	
Erläuterung					
<p>Wie schon in den letzten Jahren beantragen wir grundsätzlich, dass ca. 50 Prozent der Erträge der Stadtparkasse an die Stadt abgeführt werden. Die Sparkasse Solingen erwirtschaftet derzeit weiterhin Erträge von gut 4 Mio. € jährlich. Daher beantragen wir eine Erhöhung auf 2.000.000 € pro Jahr für die Jahre 2018 folgende. Es ist nicht einzusehen, dass die Verwaltung einerseits den Bürgern weitere Einschnitte zumutet, andererseits die Sparkasse als 100-prozentige Tochter nur 25 Prozent ihres Gewinns an die Stadt abführen soll.</p>					

Beschluss des FA: Der Finanzausschuss lehnt den Antrag bei 1 Ja-Stimme (LINKE) mehrheitlich ab.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller SOLINGEN AKTIV	Datum 20.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	Finanzausschuss, Rat				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☒ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☒ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. Mneu05			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Senkung Gehalt Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse Solingen				
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Bisher ca.	-1.082.000	-1.082.000	-1.082.000	-1.082.000	
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	800.000	800.000	800.000	800.000	800.000
Erläuterung					
<p>Aufgrund der klammen Finanzlage der Stadt beantragen wir: Die Gehaltsstufen der drei Vorstände der Stadt-Sparkasse-Solingen sollen an die Beamtenbesoldungsgruppen B5 und B4 (entsprechend den Beigeordneten) angepasst werden. Mit mehr als 100.000€ pro Jahr/ pro Person wäre das ein annehmbares Einkommen für jeden der Vorstände und gleichzeitig ein solider Sparbeitrag für den Haushalt.</p>					

Beschluss des FA: Der Finanzausschuss lehnt den Antrag einstimmig ab.

Hinweis: Die fachliche Zuständigkeit liegt bei den Aufsichtsgremien der Sparkasse.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller SOLINGEN AKTIV	Datum 20.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	FA, Rat				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☒ Antrag zum Haushalts- sanierungsplan	☐ neue Maßnahme ☒ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M 283			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu)				
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)					
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)	200.000	200.000	200.000	200.000	
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	200.000	200.000	200.000	200.000	
Erläuterung					
<p>Wir stimmen den Kürzungen zwar zu, sind aber dagegen, dass jedwede Kosten auf die TeilnehmerInnen umgewälzt werden. Wir fordern die Stadt auf, mit dem Land und dem Apothekerverband zu verhandeln, dass diese Kosten durch diese übernommen werden.</p>					

Beschluss des FA: Der Finanzausschuss lehnt den Antrag einstimmig ab.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller SOLINGEN AKTIV	Datum 20.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	FA_Rat				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☒ Antrag zum Haushalts- sanierungsplan	☐ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☒ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M 328			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu)				
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)	50.000	50.000	50.000	50.000	
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	0	0	0	0	
Erläuterung					
Aufgrund wieder wachsender Einwohnerzahlen und damit der Kinder in Solingen halten wir eine Streichung der Kosten für nicht angemessen.					

Beschluss des FA: Der Finanzausschuss lehnt den Antrag einstimmig ab.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller RM Jörn Potthoff - SOLINGEN AKTIV	Datum 20.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	Finanzausschuss/Rat				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☒ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☒ neue Maßnahme ☐ anders ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M 309			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Reduzierung externe, nicht pflichtige Gutachten				
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)	0		0		0
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	500.000	500.000	500.000	500.000	
Erläuterung					
<p>Die Stadt vergibt weiterhin in großem Umfang Gutachten an Beraterfirmen. In den Stellungnahmen zum "Bürgerhaushalt" 2017 haben sich in diesem Sinne auch verschiedene Leser geäußert: "Ab sofort sollen keine externen Gutachten mehr vergeben werden, bevor nicht die Sachkompetenz innerhalb der Verwaltung, bei den Betrieben der Stadt (Stadtwerke Solingen, Technische Betriebe Solingen u.s.w.) und anderen Akteuren (Sozialverbände, Bürgerenergiegenossenschaft u.s.w.) angefragt wurde. Den Standpunkt eines anderen Lesers übernehmen wir ausdrücklich als Antrag: "Die Kosten jedes beauftragten Gutachten sollten von der Verwaltung zwingend immer zum Zeitpunkt der Beauftragung veröffentlicht werden. Ebenso Auftragsinhalt und beauftragter Gutachter. Schon diese Verpflichtung würde vermutlich zu einer Reduzierung der Gutachten führen."</p> <p>Die Verwaltung soll beauftragt werden, an diesen Ausgaben zu sparen und mehr Gutachten durch städtische Mitarbeiter bzw. städtische Gesellschaften durchführen zu lassen. Die Verwaltung wird ebenfalls damit beauftragt, die Kosten für Gutachten im Haushaltsplan genau auszuweisen.</p>					

Beschluss des FA: Der Finanzausschuss lehnt den Antrag bei 1 Ja-Stimme (LINKE) mehrheitlich ab.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller Jörn Potthoff, RM SOLINGEN AKTIV	Datum 20.11.2017

Beratendes Gremium	
Gremium/Gremien:	Finanzausschuss/Rat

Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)	
☒ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☐ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☒ Maßnahme streichen
	Maßnahme-Nr. M 327 Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Intensivierung der Sozialarbeit in Haushalten mit über 80-jährigen Empfängern von Grundsicherung
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt) Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)

Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)	50.000	50.000	50.000	50.000	
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	0	0	0	0	

<p>Erläuterung</p> <p>Eine Reduzierung der Kosten für diese Sozialarbeit ist weder realistisch noch vertretbar angesichts einer wachsenden Zahl von älteren Menschen in der Grundsicherung. Zudem besteht die Gefahr, dass solch eine Reduzierung bei ambulanten Hilfen die kommunalen Kosten insgesamt erhöht, weil dann tendenziell mehr Kosten für stationäre Pflege entstehen könnten Auch über 80 jährige haben ein Recht auf Sozialarbeit!</p>

Beschluss des FA: Der Finanzausschuss lehnt den Antrag bei 1 Ja-Stimme (LINKE) mehrheitlich ab

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller Jörn Potthoff, RM SOLINGEN AKTIV	Datum 20.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	Finanzausschuss/Rat				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☒ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☐ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☒ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M 336			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Optimierung von Prozessabläufen bei Hilfen zur Erziehung				
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)	940.000	1.370.000	1.500.000	1.500.000	
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	0	0	0	0	
Erläuterung					
<p>Bei diesen Summen kann es nicht nur um "Optimierung von Prozessabläufen" gehen, sondern auch um reale Leistungskürzungen bzw. Leistungsverschlechterungen. Das ist aber im Sinne einer präventiven Jugendsozialarbeit kontraproduktiv. In den letzten Jahren haben wir mehrfach zum Jahresende Nachtragshaushalte von mehreren Millionen € gerade im Bereich Jugendhilfe gehabt. Diese sind zumindest teilweise Folgen von reduzierter präventiver Arbeit.</p>					

Beschluss des FA: Der Finanzausschuss lehnt den Antrag einstimmig ab.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2017	
Antragsteller RM Jörn Pothhoff - SOLINGEN AKTIV	Datum 20.11.17

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	Finanzausschuss/Rat				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☒ Antrag zum Haushalts- sanierungsplan	☒ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. Mneu03			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Reduzierung der im Jahr 2016 beschlossenen Ordnungsdienststellen von 16 auf die schon vorhandenen 4 Stellen und 4 Auszubildenden sowie Einsparung dementsprechend von Dienstkleidung und Schutzwesten (Investitionsprojekt PG12.05)				
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)					
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	175.000	350.000	525.000	700.000	700.000
Erläuterung					
<p>Das Sicherheitsgefühl der Solinger wäre auch mit den 4 später 8 zusätzlichen Stellen von den ursprünglich beschlossenen 16 KOD Stellen Rechnung getragen. Die Kriminalstatistiken sprachen schon zur damaligen Beschlussfassung (Vorlage 1786) gegen einen Ausbau des Ordnungsdienstes. Die Prävention sollte einen größeren Stellenwert bekommen. Das ersparte Geld kann so viel besser in der Jugendhilfe/KITA/ OGA eingesetzt werden. Der Haushalt bzw Nachtragshaushalt wäre sicher dankbar um die zusätzlichen Mittel.</p>					

Beschluss des FA: Der Finanzausschuss lehnt den Antrag bei 1 Ja-Stimme (LINKE) und 1 Enthaltung (Grüne) mehrheitlich ab.

- Anträge zum Ergebnis- / Finanzplan-

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller CDU-Fraktion	Datum 20.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:		FA			
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☐ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☐ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu)				
☒ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt) Erfolgsplan 1.54.01.010 "Gemeinde- und Kreisstraßen" in der Produktgruppe "Verkehrsflächen/-anlagen"				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto) 542940 Planungskosten, Studien, Gutachten				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)	0	0	0	0	0
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	100.000	0	0	0	0
<u>Erläuterung</u>					
Einmalige Einstellung von Planungs- oder Maßnahmenkosten für die Anbindung des Gewerbegebietes Scheuren an die Viehbachtaltrasse, gemäß bereits vorliegender Detailplanung. Der Deckungsbeitrag wird durch geringere Aufwendungen der Stadt Solingen bei der Landschaftsumlage in 2018 erbracht.					

Beschluss des FA: Der Antrag wird einstimmig beschlossen (investive Maßnahme).

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller BFS	Datum 20.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	FA				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☐ Antrag zum Haushalts- sanierungsplan	☐ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu)				
☒ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt) N.N.				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto) N.N.				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)	0	0	0	0	0
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	100.000	0	0	0	0
Erläuterung					
Ergänzungsantrag:					
In Ergänzung zum Antrag der CDU soll auch die Planung des notwendigen Kreisverkehrs Viehbachtalstr. / Bonnerstr. aufgenommen werden.					
Nur durch die Errichtung eines Kreisverkehrs ist eine vernünftige Verkehrsführung und -leitung möglich.					

Beschluss des FA: Einstimmig (es handelt sich um eine textliche Ergänzung zum vorhergehenden Antrag (S. 60) der CDU-Fraktion.

An den
Vorsitzenden des
Finanzausschusses

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Solingen

Postfach 10 10 83 · 42610 Solingen
Elisenstraße 11 · 42651 Solingen
Telefon: 0212/125 24 · Fax: 0212/1 77 10
<http://www.cdusolingen.de>
e-mail: cdu-fraktion@cdu-sg.de

23.11.2017

**Sitzung des Finanzausschusses am 27.11.2017
TOP „Etatberatungen“ – Hier: Antrag „Turnhalle Burg“
Produktgruppe 1.51.01 /Projekt Solingen Burg**

Sehr geehrter Herr Dr. Zerlin,

in der Sitzung des Finanzausschusses am 27.11.2017 bitte ich namens der CDU-Fraktion unter dem eingangs genannten TOP um Abstimmung über folgenden Antrag:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Solingen folgende Beschlussfassung:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ergänzend zur bisherigen Sanierungsplanung für die Turnhalle Burg die Errichtung eines Erweiterungsbaus zu veranlassen.

Soweit die bereits bewilligten Fördergelder des Landes und des Bundes die Kosten für die Fertigstellung des Erweiterungsbaus nicht vollständig abdecken sollten, sind die Restmittel zunächst aus ISEK-Fördermitteln bzw. sonstigen Investivmitteln zu entnehmen. Vorsorglich sollen für die Jahre 2019 und 2020 jedoch jeweils (zusätzliche) städtische Eigenmittel in Höhe von 40.000,00 Euro etatisiert werden.“

Eine Begründung erfolgt mündlich in der Sitzung.

gez. Daniel Flemm
finanzpolitischer Sprecher

gez. Carsten Voigt
Fraktionsvorsitzender

Beschluss des FA: Der Antrag wird einstimmig beschlossen (investive Maßnahme).

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller SPD-Fraktion	Datum 20.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	Finanzausschuss, Rat				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☐ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☐ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu)				
☒ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt) N.N.				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto) N.N.				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)					
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	18.000				
<u>Erläuterung</u>					
Einmalig 18.000 € für den Abschluss der Pflasterarbeiten im Walder Rundling.					

Zum Antrag weist Herr StD Hoferichter darauf hin, dass das Antragsziel bzw. die o.g.

18.000 Euro als Restmittel (konsumtiv) bereits vorhanden sind. Daher erfolgt eine entsprechende Korrektur des Antrages.

Beschluss des FA:

Der Finanzausschuss verweist den Antrag einstimmig zur Entscheidung in den Rat.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller CDU-Fraktion	Datum 15.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	FA				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☐ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☐ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu)				
☒ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	N.N.				
Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)					
N.N.					
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)	0	0	0	0	0
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	50.000	0	0	0	0
<u>Erläuterung</u>					
Einmalige Einstellung von Planungs- und Maßnahmekosten für die Neugestaltung und Aufbringen einer neuen Pflasterung auf der Düsseldorfer Straße in Ohligs.					

Beschluss des FA:

Der Finanzausschuss beschließt den Antrag einstimmig (investive Maßnahme).

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller SPD-Fraktion	Datum 20.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	Finanzausschuss, Rat				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☐ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☐ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu)				
☒ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	N.N.				
Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)					
N.N.					
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)					
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)					
<u>Erläuterung</u> Ausbau der Grundschule Böckerhof zur sogenannten "Medienschule" - als Pilotschule zur Erprobung und zur Feststellung des weiteren Bedarfs. Vorlage eines entsprechenden Konzepts in Zusammenarbeit mit der Schule und Prüfung des notwendigen Mitteleinsatzes. Verwendung der notwendigen Mittel aus der zweckgebundenen Förderung der Digitalisierung.					

Beschluss des FA:

Der Finanzausschuss befürwortet den Antrag einstimmig und empfiehlt dem zuständigen Fachausschuss (ASW), den Antrag in Form eines Prüfauftrages an die Verwaltung zu beschließen.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller SPD-Fraktion	Datum 20.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	Finanzausschuss, Rat				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☐ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☐ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu)				
☒ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	N.N.				
Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)					
N.N.					
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)					
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)					
<u>Erläuterung</u> Stärkung des Schulprofils der Sekundarschule Central durch den Einsatz von Whiteboards im Unterricht. Vorlage eines entsprechenden Konzepts in Zusammenarbeit mit der Schule und Prüfung des notwendigen Mitteleinsatzes. Verwendung der notwendigen Mittel aus der zweckgebundenen Förderung der Digitalisierung.					

Zum Antrag bittet RM Herr Fritsche um Korrektur des ersten Absatzes wie folgt:
 „durch den Einsatz von Whiteboards“ wird „durch den Einsatz von modernen Präsentationstechniken im Unterricht“ ersetzt.

Beschluss des FA:

Der Finanzausschuss befürwortet den so geänderten Antrag einstimmig und empfiehlt dem zuständigen Fachausschuss (ASW) sowie dem Rat, den Antrag in Form eines Prüfauftrages an die Verwaltung zu beschließen.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller Bürgergemeinschaft für Solingen	Datum 13.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	HuPA, FA, Rat				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☐ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☒ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Aussetzung des neuen Stellenplanes hinsichtlich der Auf- und Abwertungen und Erstellung einer umfassenden Personalstrategie (Soll/Ist-Pläne inkl. mittel-/langfristiger Personalplanung)				
☒ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt) div.				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto) div.				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)	396.102	396.102	396.102	396.102	396.102
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	0	0	0	0	0
Erläuterung					
<p>Die im neuen Stellenplan aufgeführten Auf- und Abwertungen werden vorerst ausgesetzt. Diese Aussetzung soll dabei so lange bestand haben, bis die Verwaltungsspitze eine ganzheitliche Personalstrategie erstellt hat, die u.a. auch einen Soll/Ist-Abgleiche und eine mittel-/langfristige Personalplanung für jede einzelne Stelle ausweist.</p> <p>Dies scheint uns insbesondere geboten, da heute der Eindruck entstehen kann, dass entsprechende Einstufungen einer gewissen Willkürlichkeit unterliegen. Hier muss aus allgemeinem Gerechtigkeitsempfinden dem möglichen Verdacht von Günstlingswirtschaft entgegengetreten und Transparenz hergestellt werden. Solange werden die betroffenen 400 T€ dem Haushalt zur Verfügung gestellt</p>					

Beschluss des FA: Der FA befürwortet den Antrag einstimmig und empfiehlt dem zuständigen Fachausschuss (HuPA) sowie dem Rat, den Antrag in Form eines Prüfauftrages an die Verwaltung zu beschließen (insbesondere ob und inwieweit Aussetzungen des neuen Stellenplans möglich sind).

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Solingen

An den
Oberbürgermeister der
Stadt Solingen

Postfach 10 10 83 · 42610 Solingen
Elisenstraße 11 · 42651 Solingen
Telefon: 0212/125 24 · Fax: 0212/1 77 10
<http://www.cdusolingen.de>
e-mail: cdu-fraktion@cdu-sg.de

23.11.2017

Sitzung des Rates am 30.11.2017
TOP „Etatberatungen“
Hier: Antrag „Stellenplan 2030“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

namens der CDU-Ratsfraktion bitte ich, unter dem eingangs genannten TOP über folgenden Antrag abzustimmen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Rat der Stadt Solingen bis zum nächsten Stellenplannachtrag einen Entwurf für ein perspektivische Stellenplanung bis zum Jahr 2030 („Stellenplan 2030“) vorzulegen.
2. Das Stellenplanszenario soll dem Rat der Stadt Solingen rechtzeitig langfristig wirkende strategische Grundentscheidungen sowie insgesamt eine strukturierte, kontinuierliche und verlässliche Personal-, Raum und Finanzplanung ermöglichen. Dabei sind insbesondere folgende Aspekte zu berücksichtigen:
 - a. Die fortschreitende Digitalisierung und hieraus resultierend ein möglicher Wegfall von Aufgaben, (teilweiser) Verzicht auf papierhafte Verfahren, neue Formen der Gestaltung von bzw. Mitwirkung in Verwaltungsverfahren (etwa über Apps etc.) sowie der behördeninternen Abläufe. Es ist darzustellen, inwieweit im Planungszeitraum die vorgenannten Aspekte perspektivisch - bei gleichbleibender Dienstleistungsqualität dem Bürger gegenüber - einen geringeren Personalbestand erforderlich machen. Ebenfalls ist darzustellen, welche internen Vorkehrungen getroffen werden sollen (Weiterbildungen, etc.), um diese Entwicklung aktiv zu gestalten.
 - b. Die im Planungszeitraum stattfindende, insbesondere altersbedingte Fluktuation und sich hieraus ergebende Folgen.
 - c. Auswirkungen weiterer Übertragungen von bislang städtisch wahrgenommenen Aufgaben auf Dritte (Subsidiaritätsgedanke)
 - d. Durch die eingangs genannten sowie weitere zu berücksichtigende Umstände sich ergebende Folgen für die Anzahl (bzw. Bewertung) von Stellen
 - e. Das Ziel, die Stadt Solingen weiterhin als zwar „schlanker“, bürgernaher und effizienter, gleichzeitig aber attraktiver, verlässlicher und insgesamt beim Kampf um „die besten Köpfe“ wettbewerbsfähiger Arbeitgeber zu positionieren.

Begründung:

Bereits heute klar erkennbare Umstände wie die fortschreitende Digitalisierung von Verwaltungsabläufen und das Ausscheiden zahlreicher Solinger Verwaltungsmitarbeiter in den kommenden Jahren erfordern - und ermöglichen zugleich-, strategische und langfristige Überlegungen über Umfang und „Gesamtaufstellung“ des städtischen Personalapparates anzustellen.

Die CDU-Fraktion erhebt dabei aufgrund der strategischen Bedeutung dieser Frage und dem erheblichen Anteil der Personalausgaben am Gesamtetat den Anspruch, dass der Rat der Stadt Solingen in diese Überlegungen frühzeitig, also bereits bei anstehenden Grundentscheidungen, eingebunden wird.

Dass es aufgrund des langen Planungszeitraums und prognostischer Schwierigkeiten bei der Erstellung der Planung teilweise Unschärfen geben kann, liegt in der Natur der Sache. Der CDU ist jedoch wichtig, dass eine strukturierte und langfristig angelegte Planung unter Einbindung des Rates erfolgt.

gez. Carsten Voigt
Fraktionsvorsitzender

Beschluss des FA:

Der Finanzausschuss nimmt gestellten Antrag zustimmend zur Kenntnis und verweist den Antrag zur Entscheidung/Beschlussfassung in den Rat.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller Bündnis90/Die Grünen-offene Liste	Datum 7.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	FA / Rat				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☒ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☐ neue Maßnahme ☒ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M 261			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Zentrale Maßnahmen zum optimierten Personal- und Personaleinsatz-Management u.a. durch Gesundheitsmanagement (Zusammenfassung von M261, M266, M290, M015, M308, M333)				
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)					
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)					
<u>Erläuterung</u> Titelergänzung - ... u.a. durch Gesundheitsmanagement					

Beschluss des FA:

Einstimmig beschließt der Finanzausschuss den Antrag.

Beschluss des FA:

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller RM Jörn Potthoff - SOLINGEN AKTIV	Datum 20.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	Finanzausschuss/Rat				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☒ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☐ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☒ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M 261			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Zentrale Maßnahmen zum optimierten Personal- und Personaleinsatzmanagement				
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)	992.500	1.062.500	1.100.000	1.162.500	
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	0	0	0	0	
Erläuterung					
<p>Der Personalbestand der städtischen Verwaltung und Betriebe ist in den letzten Jahren durch die drastischen Einsparmaßnahmen schon über Gebühr beansprucht worden. Es ist uns daher weder nachvollziehbar noch akzeptabel, dass und wie in den kommenden Jahren pro Jahr ca. 1 Million beim Personal eingespart werden sollen. Der Personalbestand bei der Kernverwaltung ist jetzt schon auf Kante genäht - mit angesichts der hohen Belastung hohem Krankenstand und Rekonvaleszenten. Das städtische Personal hat insbesondere durch die zusätzliche Aufgabe mit den Geflüchteten in den letzten Jahren Gewaltiges geleistet. Diese Arbeit wird weiter anhalten. Das Auslaufen der dafür geschaffenen befristeten Verträge 2017 wird die Belastung der Restbelegschaft noch erhöhen. Die bisherige HSP-Maßnahme M308 zum betrieblichen Gesundheitsmanagement soll ebenfalls unter diesen Maßnahmeposten M261 fallen, kann aber auf keinen Fall akzeptiert werden. Daher sind wir gegen weitere Einschnitte bei den unteren und mittleren Diensten. Wie schon in den letzten Jahren gehen wir davon aus, dass diese Maßnahme allein auf dem Papier realistisch ist, allerdings mit der Wirklichkeit dem realen Bedarf nicht standhält. So wurde auch im letzten Jahr am 8. Dezember nach vorliegendem Haushalt ein Zusatzantrag für 88 Vollzeitstellen mit Kosten von fast 6 Million € pro Jahr eingereicht und beschlossen (Vorlage 2252).</p>					

Beschluss des FA: Der Finanzausschuss lehnt den Antrag einstimmig ab.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller SPD-Fraktion	Datum 20.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	Finanzausschuss, Rat				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☐ Antrag zum Haushalts- sanierungsplan	☐ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu)				
☒ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt) N.N.				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto) N.N.				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)					
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
<u>Erläuterung</u>					
Stärkung der "Frühen Hilfen" im Bereich Stadtdienst Jugend durch intensiveren Einsatz von Familien-Hebammen, um die Verstetigung von familiären Problemen frühzeitig zu vermeiden. Verlagerung von 50.000 € aus den Hilfen zur Erziehung (HzE).					

Beschluss des FA:

Der Finanzausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller SPD-Fraktion	Datum 20.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	Finanzausschuss, Rat				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☐ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☐ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu)				
☒ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	N.N.				
Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)					
N.N.					
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)					
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
<u>Erläuterung</u>					
Zusätzliche Sprachförderung für geeignete Kinder von Geflüchteten, um sie schneller ins Regelschulsystem integrieren zu können. Ansatz der Mittel durch Verlagerung von 10.000 Euro aus Sachkontenliste 110 501 529100 (sonstige Dienstleistungen).					

Beschluss des FA:

Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018					
Antragsteller Bürgergemeinschaft für Solingen			Datum 13.11.2017		
Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:		HuPA, FA, Rat			
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☐ Antrag zum Haushalts- sanierungsplan	☐ neue Maßnahme	Maßnahme-Nr.			
	☐ Maßnahme anpassen	M			
	☐ Maßnahme streichen				
Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Abschaffung Empfangsservice in den Verwaltungsgebäuden					
☒ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)				
	div.				
Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)					
div.					
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)	161.800	161.800	161.800	161.800	161.800
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	0	0	0	0	0
Erläuterung					
<p>Der durch den Oberbürgermeister neue geschaffene Empfangsservice in den beiden Verwaltungsgebäuden Rathaus und Bonner Straße belastet den Haushalt mit einer nicht unerheblichen Summe..</p> <p>Die BFS beantragt daher die sofortige Abschaffung dieses Empfangsservice und Rückführung der entsprechenden Mittel in den Haushalt der Stadt.</p> <p>Vielmehr soll im Rahmen der Digitalisierungsstrategie der Stadt Solingen eine IT-Lösung an den beiden Standorten implementiert werden, die den Besuchern die richtigen Wege innerhalb des Gebäudes aufzeigt. Dies würde nach Ansicht der BFS auch ein Ausrufezeichen hinter die Bemühungen um eine Digitalisierung der Verwaltung setzen.</p>					

Beschluss des FA: Der Finanzausschuss beschließt den Antrag mehrheitlich (bei Gegenstimmen von SPD, Grüne, FDP).

Ergänzung: Der HuPA hat am 28.11.2017 den Antrag **mehrheitlich abgelehnt** (bei 7 Ja-Stimmen (CDU, BfS), 8 Nein-Stimmen (SPD, Grüne, Linke) und 1 Enthaltung (FDP).

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller Bürgergemeinschaft für Solingen	Datum 18.11.2017

Beratendes Gremium	
Gremium/Gremien:	HuPA, FA, Rat

Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)		
☐ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☐ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Unterstützung des Fördervereins Blyth	
☒ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt) div.	
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto) div.	

Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)	0	0	0	0	0
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	5.000	0	0	0	0

Erläuterung

Zur Förderung der Freundschaft zwischen den Partnerstätten Solingen und Blyth beantragen wir die einmalige Zahlung eines Betrages von 5 T€ zu Gunsten des Fördervereins der Städtepartnerschaft Solingen & Blyth e.V.

Gerade in politisch komplizierten Zeiten – z.B. mit Blick auf den anstehenden Brexit und die damit verbundenen Verhandlungen – soll nach Ansicht der BfS ein noch intensiverer Kontakt aufgebaut und gefestigt werden. Das Geld soll u.a. für ein gemeinsames Festivalprojekt verwendet werden.

Beschluss des FA: Der Finanzausschuss stimmt dem Antrag mehrheitlich bei 1 Gegenstimme (LINKE) zu.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller Bürgergemeinschaft für Solingen	Datum 13.11.2017

Beratendes Gremium	
Gremium/Gremien:	HuPA, FA, Rat

Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)		
☐ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☐ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M 299
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Prüf-/Informationsauftrag: aktueller Stand der Bürgerstiftung für Solingen	
☒ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)	
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)	

Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)	0	0	0	0	0
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	0	0	0	0	0

Eräuterung
<p>Die BFS erwartet im Rahmen der Haushaltsberatungen einen detaillierten Bericht, wie der aktuelle Stand bei der Gründung der durch die BFS im Jahr 2016 eingebrachten Einrichtung einer Bürgerstiftung für Solingen ist.</p>

Herr OB Kurzbach berichtet, dass sich der Verwaltungsrat der Stadtparkasse auf Grundlage des ursprünglich gefassten Beschlusses mit der Thematik der Bürgerstiftung befasse und er auch weiterhin mit den Verantwortlichen im Gespräch sei bzw. bleibe.

Beschluss des FA:

Ein Beschluss wird nicht gefasst.

Aufgrund der Erläuterungen des OB sieht die BfS von einer Beschlussfassung über den Antrag ab.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller CDU-Fraktion	Datum 23.11.2017

Beratendes Gremium					
Gremium/Gremien:	FA				
Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)					
☐ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☐ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M			
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu)				
☒ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt) Anlage 23, Nr. 220				
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto) 550-104-2				
Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)	10.590	10.590	10.590	10.590	10.590
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	30.590	30.590	30.590	30.590	30.590
<u>Erläuterung</u>					
Der Zuschuss an die Freunde und Förderer Vogelpark e.V. soll um jährlich 20.000 Euro aufgestockt werden, um eine in etwa vergleichbare Fördersituation mit dem Tierpark Fauna zu bewirken, insbesondere vor dem Hintergrund, dass beide eine Tierparkschule betreiben.					

Beschluss des FA:

Ein Beschluss des FA ist nicht mehr erforderlich.

Der Antrag wird seitens der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.
Allerdings weist der Antragsteller darauf hin, dass die derzeitige
Förderungspraxis zu einer Ungleichbehandlung der beiden Tierparks führt.

- Anträge zum Investitionsplan -

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Solingen

An den
Vorsitzenden des
Finanzausschusses

Postfach 10 10 83 · 42610 Solingen
Elisenstraße 11 · 42651 Solingen
Telefon: 0212/125 24 · Fax: 0212/1 77 10
<http://www.cdusolingen.de>
e-mail: cdu-fraktion@cdu-sg.de

21.11.2017

**Sitzung des Finanzausschusses am 27.11.2017
TOP „Etatberatungen“ – Hier: Antrag „Heidebad“**

Sehr geehrter Herr Dr. Zerlin,

in der Sitzung des Finanzausschusses am 27.11.2017 bitte ich namens der CDU-Fraktion unter dem eingangs genannten TOP um Abstimmung über folgenden Antrag:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Solingen folgende Beschlussfassung:

„1. Der Rat der Stadt Solingen bekennt sich zu einer langfristigen Sicherung des Schwimmens in der Ohligser Heide. Die Stadt Solingen wird alle technisch notwendigen Vorkehrungen treffen, um dies in den kommenden Jahren sicherzustellen.

2. Die für die kommenden Jahre passende Betriebsform wird weiterhin ergebnisoffen geprüft. Dabei bleibt eine Umwandlung in ein Naturbad eine mögliche Option. Die langfristige Sicherung des Badebetriebes im Heidebad bleibt hiervon unbenommen.“

gez. Daniel Flemm
finanzpolitischer Sprecher

gez. Carsten Voigt
Fraktionsvorsitzender

Beschluss des FA:

Der Finanzausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Hinweis: Der zuständige Fachausschuss für die Bädergesellschaft ist der ZBA, der dem Rat eine entsprechende Beschlussempfehlung ausspricht.

Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018	
Antragsteller Bürgergemeinschaft für Solingen	Datum 22.11.2017

Beratendes Gremium	
Gremium/Gremien:	FA, HuPA, Rat

Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)		
☐ Antrag zum Haushalts-sanierungsplan	☐ neue Maßnahme ☐ Maßnahme anpassen ☐ Maßnahme streichen	Maßnahme-Nr. M
	Maßnahmen-Bezeichnung (neu) Langfristige Sicherung des Freibad Heide & Rücklagenbildung in der Bädergesellschaft - Umsetzung in der Bädergesellschaft (nicht direkt im Haushalt der Stadt Solingen)	
☐ Antrag zum Ergebnis- bzw. Finanzplan	Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)	
	Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)	

Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)					
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	428.000	100.000	100.000	100.000	100.000

Erläuterung

Wir begrüßen die Entscheidung, dass das Heidebad mit ca. 330 T€ für die Zukunft fit gemacht wird und den Solingerinnen und Solingern damit als Freibad und Freizeitmöglichkeit erhalten bleibt.

Um dieses auch langfristig für die Bürgerinnen und Bürger zu sichern, sollen zusätzlich seitens der Bädergesellschaft Solingen ab 2018 jährlich 100T€ an Rückstellungen gebildet werden. Diese Rücklagen sollten dann zukünftig genug finanzielle Reserven für mögliche weitere Renovierungen oder Umbauten darstellen. Die Bädergesellschaft wird daher beauftragt, die entsprechende Rücklagenbildung zu prüfen und bei positivem Votum auch umzusetzen..

Die antragstellende Fraktion korrigiert das Antragsziel auf 378.000 Euro in 2018 und ab 2019 – 2021 sowie strukturell auf jeweils 50.000, Euro.

Die Erläuterung im 2. Absatz, 1. Satz wird ergänzt um: „unter Überprüfung der HGB-Zulässigkeit.“

Beschluss des FA:

Der Finanzausschuss beschließt den Antrag in der geänderten Form einstimmig.

Hinweis: Der fachlich zuständige Ausschuss ist der ZBA.

offene Liste
Ratsfraktion
Eiland 10
42651 Solingen
T 0212-200740
F 0212-12404
E fraktion@gruene-solingen.de

B. 90/Die Grünen-offene Liste, Eiland 10, 42651 Solingen

Herrn Oberbürgermeister Tim Kurzbach
Herrn Vorsitzenden Dr. Kai Zerlin

dem zuständigen Dezernenten
und den Fraktionen im Rat der Stadt Solingen zur Kenntnis

Solingen, den 22.11.2017

Antrag zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses am 27. und des Rates am 30.11.2017

Etatberatungen / Haushalt 2018

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister
sehr geehrter Herr Vorsitzender,

namens der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen-offene Liste bitten wir darum,
nachstehenden Antrag in der o.g. Sitzung zur Abstimmung zu stellen:

Anlage 21 Prioritätenliste Investitionsmaßnahmen

NEU: Verstärkter Einsatz von LED-Leuchten in der Straßenbeleuchtung 300.000 in 2018

NEU: Investitionen für Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept 180.000 in 2018

NEU: Verbesserung der Aufenthaltsqualität im öff. Raum 25.000 in 2018 ff.

Begründung: Die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum macht sich vor allem daran fest, ob sie allen Menschen in unserer Stadt die gewünschten und notwendigen Wegebeziehungen möglich macht. Dazu gehören abgesenkte Bürgersteige ebenso wie ausreichende Sitz- oder Spielgelegenheiten und Straßenbegleitgrün. Nur wer sicher sein kann, dass er den Fußweg zu Geschäften u.ä. auch schaffen kann, weil ausreichend Möglichkeiten für Pausen gegeben sind, kann u.a. möglichst lange in den eigenen vier Wänden leben. Die Entscheidung, wo welche Möblierung im öffentlichen Raum sinnvoll

installiert werden könnte, obliegt den Bezirksvertretungen und dem zuständigen Fachausschuss.

NEU: Stärkung der Nahmobilität in Rad- und Fußverkehr Kommunaler Eigenanteil für Planung und Ausführung und Mobilisierung der sehr hohen Fördersätze in diesem Bereich	100.000 in 2018
Neu: Kommunale Eigenanteile für Förderprogramme E-Mobilität	20.000 in 2018
NEU: Investition in 4 - 6 neue OGS-Gruppen	150.000 in 2018 300.000 in 2019
NEU: Skateranlage Hallenbad Vogelsang	10 in 2018
NEU: Fortschreibung Biotopkartierung	10 in 2018

Anlage 24b)

Titeländerung

Teilplan 5401: 55401010081

Friedrichstr.-Querungshilfe Hs.-Nr.41-43

„und Zebrastreifen“

Teilplan 5401: 55401010081 –

- 603.000 in 2019

Margarethenstr./Ritaweg / Estherweg B-Plan D198)

Begründung: Bei dem genannten Gebiet zwischen jüdischem Friedhof, Kleingartenanlage und Baumbeständiger Freifläche handelt es sich um einen wichtigen größeren, zusammenhängenden Lebensraum für Flora und Fauna. Die Fläche ist Bestandteil der Biotopkartierung und weist mindestens 40 unterschiedliche Pflanzenarten auf – ein unbedingt bewahrenswertes Gebiet, das nicht zuletzt auch den Ruheort des Jüdischen Friedhofs schützt.

Neu: Taubenhaus in Solingen Mitte

5.000 in 2019

Die Verwaltung wird gebeten, einen geeigneten Standort in Solingen Mitte zu finden.

Mit freundlichen Grüßen

Martina Zsack-Möllmann

Fraktionssprecherin

Zum Antrag bittet Frau Zsack Möllmann seitens der antragstellenden Fraktion um Änderungen/Korrekturen (fett/kursiv gedruckt). Diese sehen wie folgt aus:

Anlage 21 Prioritätenliste Investitionsmaßnahmen

NEU: Verstärkter Einsatz von LED-Leuchten in der Straßenbeleuchtung **150.000 in 2018**

NEU: Investitionen für Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept

**10.000 -60.000 anwachsend (2018 – 10.000, 2019 - 20.000, 2020 – 40.000,
2021 – 60.000, strukturell 60.000)**

NEU: Stärkung der Nahmobilität in Rad- und Fußverkehr **1 Euro Merkposten ***
Kommunaler Eigenanteil für Planung und Ausführung und Mobilisierung
der sehr hohen Fördersätze in diesem Bereich

*** Hinweis: Ein Merkposten ist im NKF nicht möglich, daher sollte die Maßnahme in
einen Prüfauftrag umgewandelt werden!**

NEU: Investition in 4 - 6 neue OGS-Gruppen **(hier wird auf den gesondert
beschlossenen Antrag zum OGS (Seite 7 und 8) verwiesen.**

NEU: Skateranlage Hallenbad Vogelsang 10 in 2018

NEU: Fortschreibung Biotopkartierung 10 in 2018

**Wie o.a. sind Merkposten auch in Höhe von 10 Euro im NKF nicht möglich. Ein
Prüfauftrag sollte erteilt werden.**

Anlage 24b)

Titeländerung

Teilplan 5401: 55401010081

Friedrichstr.-Querungshilfe Hs.-Nr.41-43 „und Zebrastrreifen“

Teilplan 5401: 55401010081 – - 603.000 in 2019

Margarethenstr./Ritaweg / Estherweg B-Plan D198)

Anlage 24 b (beide Maßnahmen) werden zurückgezogen!

Neu: Taubenhaus in Solingen Mitte entfällt (siehe gesonderter Antrag zum Taubenhaus
(Tischvorlage am 27.11.2017)

Beschluss des FA:

Einstimmig stimmt der Finanzausschuss dem Antrag mit den o.a. Änderungen
zu.

- Sonstige Anträge -

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Fraktion im Rat der Stadt Solingen

SPD-Ratsfraktion Solingen ■ Birkenweiher 26 ■ 42651 Solingen

Herrn Oberbürgermeister
Tim-O. Kurzbach

Herrn Vorsitzenden
Dr. Kay Zerlin

Fraktionsvorsitzende: Iris Preuß-Buchholz
Fraktionsgeschäftsführer: Wolfgang Schreiber
Telefon: +49 (0) 212 - 222 51-0
Telefax: + 49 (0) 212 - 222 51-35
eMail: spd.ratsfraktionsolingen@spd.d
e
Datum: 20.11.2017

Sitzung des Finanzausschusses am 27.11.2017 (Finanzklausur), TOP 31 Etatberatung Sitzung des Rates am 30.11.2017, TOP 6 Etatberatung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion bitte ich Sie, in den oben genannten Sitzungen unter dem jeweiligen Tagesordnungspunkt Etatberatung den folgenden Antrag zur Abstimmung zu stellen:

1.1 Finanzausschuss:

„Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Beschlussfassung unter 1.2.“

1.2 Rat:

„Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, wie nach den Erfahrungen mit der neuen Kindertagesstätte am Rathaus je eine Randzeiten-KiTa in jedem Stadtteil eingerichtet werden kann. Im Jugendhilfeausschuss ist dazu unter anderem darzustellen, welche vorhandenen KiTas dafür geeignet wären oder wo geplante KiTas entsprechend konzeptioniert werden könnten. Darzustellen sind auch der personelle und finanzielle Aufwand für ein solch flächendeckendes Angebot in allen Stadtteilen.“

Begründung:

Erfolgt mündlich in der Sitzung.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Iris Preuß-Buchholz
Fraktionsvorsitzende

Beschluss des FA:

Der FA stimmt dem Antrag einstimmig zu und bittet den Rat, diesen als Prüfauftrag an die Verwaltung zu beschließen.

Hinweis: Der fachlich zuständige Ausschuss ist der JHA.

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Solingen

An den
Vorsitzenden des
Finanzausschusses

Postfach 10 10 83 · 42610 Solingen
Elisenstraße 11 · 42651 Solingen
Telefon: 0212/125 24 · Fax: 0212/1 77 10
<http://www.cdusolingen.de>
e-mail: cdu-fraktion@cdu-sg.de

21.11.2017

Sitzung des Finanzausschusses am 27.11.2017
TOP „Etatberatungen“ – Hier: Antrag „Kita-Trägerschaften“

Sehr geehrter Herr Dr. Zerlin,

in der Sitzung des Finanzausschusses am 27.11.2017 bitte ich namens der CDU-Fraktion unter dem eingangs genannten TOP um Abstimmung über folgenden Antrag:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Solingen folgende Beschlussfassung:

- 1. Im Rahmen der weiteren Kindertagesstätten-Ausbauplanung sollen neu zu errichtende Kindertagesstätten über deren Trägerschaft bislang nicht verbindlich entschieden worden ist, grundsätzlich nicht in Trägerschaft der Stadt Solingen betrieben werden, sondern von dritten, gemeinnützigen Trägern. Ein Betrieb in städtischer Trägerschaft soll nur dann erfolgen, wenn wichtige, von der Verwaltung nachgewiesene Gründe einer Trägerschaft durch Dritte entgegenstehen.*
- 2. Im Hinblick auf bereits in städtischer Trägerschaft betriebene Kindertagesstätten soll der Oberbürgermeister dem Jugendhilfeausschuss bis zum 31.01.2018 darstellen, ob und unter welchen Voraussetzungen bis zum 31.07.2019 eine Überführung in eine Trägerschaft durch gemeinnützige Dritte möglich ist.*

Eine Begründung erfolgt mündlich in der Sitzung.

gez. Daniel Flemm
finanzpolitischer Sprecher

gez. Carsten Voigt
Fraktionsvorsitzender

Beschluss des FA:

Der FA stimmt dem Antrag einstimmig zu und bittet den Rat, diesen als Prüfauftrag an die Verwaltung zu beschließen.

Hinweis: Der fachlich zuständige Ausschuss ist der JHA.

Ratsfraktion
Eiland 10
42651 Solingen
T 0212-200740
F 0212-12404
E fraktion@gruene-solingen.de

B. 90/Die Grünen-offene Liste, Eiland 10, 42651 Solingen

Herrn Oberbürgermeister Tim Kurzbach
Herrn Vorsitzenden Dr. Kai Zerlin

dem zuständigen Dezernenten
und den Fraktionen im Rat der Stadt Solingen zur Kenntnis

Solingen, den 23.11.2017

Antrag zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses am 27.11. und des Rates am 30.11.17

Parkgebührenerhöhung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Vorsitzender,

namens der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen-offene Liste bitten wir darum, nachstehenden Antrag in der o.g. Sitzung zur Abstimmung zu stellen:

Der Finanzausschuss/der Rat der Stadt Solingen fordert die Verwaltung auf zu prüfen,

1. wann die letzte Erhöhung der Parkgebühren in Solingen erfolgte,
2. darzustellen, wie die Gebührenentwicklung der letzten 10 Jahre war,
3. zu bewerten, wie hoch die Parkgebühren in Solingen gegenüber den anderen bergischen Städten ist,
4. zu prognostizieren, was eine Erhöhung der innerstädtischen Parkgebühren um 10 % ergäbe
5. und darzustellen, was eine jährliche Erhöhung der Parkgebühren in Höhe der jährlichen Erhöhungen des VRR während der letzten 10 Jahre ergeben hätte.

Begründung

Die Parkgebühren in Solingen wurden u.W. das letzte Mal in den 1990ern erhöht, der Öffentliche Nahverkehr als Alternativangebot hingegen weist seitdem Preissteigerungsraten um ca. 3% jährlich auf. Klima- und sozialpolitisch ist das eine nicht hinnehmbare Ungerechtigkeit sowohl im Hinblick auf die Nutzung öffentlichen Raums als auch bzgl. einer zumindest gleichberechtigten Mobilität aller VerkehrsteilnehmerInnen. Im Übrigen wurde die Erhöhung der Parkgebühren auch beim bürgerbeteiligten Haushalt 2016 gefordert und mehrheitlich unterstützt.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Martina Zsack-Möllmann
Fraktionssprecherin

Frau Zsack-Möllmann formuliert den Antrag neu in Form einer Anfrage an die Verwaltung. Ein Beschluss des FA ist nicht mehr erforderlich.

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Solingen

Postfach 10 10 83 · 42610 Solingen
Elisenstraße 11 · 42651 Solingen
Telefon: 0212/125 24 · Fax: 0212/1 77 10
<http://www.cdusolingen.de>
e-mail: cdu-fraktion@cdu-sg.de

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses

21.11.2017

Sitzung des FA am 27.11.2017
TOP „Etatberatungen“
Hier: Antrag „Flächennutzungsplan“

Sehr geehrter Herr Dr. Zerlin,

namens der CDU-Ratsfraktion bitte ich, unter dem eingangs genannten TOP über folgenden Antrag abzustimmen:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Solingen folgende Beschlussfassung:

„Der Rat der Stadt Solingen beauftragt den Oberbürgermeister, einen Aufstellungsbeschluss für einen neuen Flächennutzungsplan in den Rat einzubringen, der die Erkenntnisse der Bezirksregierung Düsseldorf im Aufstellungsverfahren zum Regionalplan hinsichtlich Gewerbeflächenbedarfs und des Bedarfs an Wohneinheiten in Solingen berücksichtigt.“

Begründung: erfolgt mündlich

gez. Waldemar Gluch
planungspolitischer Sprecher

gez. Carsten Voigt
Fraktionsvorsitzender

Beschluss des FA:

Der Antrag wird bei 2 Gegenstimmen (Grüne) mehrheitlich beschlossen.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Fraktion im Rat der Stadt Solingen

SPD-Ratsfraktion Solingen ■ Birkenweiher 26 ■ 42651 Solingen

Herrn Oberbürgermeister
Tim-O. Kurzbach

Herrn Vorsitzenden
Dr. Kay Zerlin

Fraktionsvorsitzende: Iris Preuß-Buchholz
Fraktionsgeschäftsführer: Wolfgang Schreiber
Telefon: +49 (0) 212 - 222 51-0
Telefax: + 49 (0) 212 - 222 51-35
eMail: spd.ratsfraktionsolingen@spd.de
Datum: 20.11.2017

Sitzung des Finanzausschusses am 27.11.2017 (Finanzklausur), TOP 31 Etatberatung
Sitzung des Rates am 30.11.2017, TOP 6 Etatberatung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion bitte ich Sie, in den oben genannten Sitzungen unter dem jeweiligen Tagesordnungspunkt Etatberatung den folgenden Antrag zur Abstimmung zu stellen:

1.1 Finanzausschuss:

„Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Beschlussfassung unter 1.2.“

1.2 Rat:

„Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, wie das bestehende Modell der KLUG-Schule an der Hauptschule Krahenhöhe über das Auslaufen der Schule hinaus bewahrt werden kann – durch Anbindung von Modell und Gebäude an eine Schule des längeren gemeinsamen Lernens.“

Begründung:

Erfolgt mündlich in der Sitzung.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Iris Preuß-Buchholz
Fraktionsvorsitzende

Bei diesem Antrag (Seite 94) handelt es sich um einen gemeinsamen Antrag von CDU und SPD.

Zum Antrag bittet die antragstellende Fraktion um Ergänzung der Ziffer 1.2 – Rat wie folgt:

„Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, wie das bestehende Modell der KLUG-Schule an der Hauptschule Höhscheid an der Krahenhöhe über das Auslaufen der Schule hinaus bewahrt werden kann – durch Anbindung von Modell und Gebäude an einer Schule des längeren gemeinsamen Lebens unter Einbindung der jetzigen Partnerschulen“.

Beschluss des FA:

Der FA beschließt den Antrag einstimmig.

Hinweis: Der zuständige Fachausschuss ist der ASW.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Fraktion im Rat der Stadt Solingen

SPD-Ratsfraktion Solingen ■ Birkenweiher 26 ■ 42651 Solingen

Herrn Oberbürgermeister
Tim-O. Kurzbach

Herrn Vorsitzenden
Dr. Kay Zerlin

Fraktionsvorsitzende: Iris Preuß-Buchholz
Fraktionsgeschäftsführer: Wolfgang Schreiber
Telefon: +49 (0) 212 - 222 51-0
Telefax: + 49 (0) 212 - 222 51-35
eMail: spd.ratsfraktionsolingen@spd.de
Datum: 20.11.2017

Sitzung des Finanzausschusses am 27.11.2017 (Finanzklausur), TOP 31 Etatberatung
Sitzung des Rates am 30.11.2017, TOP 6 Etatberatung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion bitte ich Sie, in den oben genannten Sitzungen unter dem jeweiligen Tagesordnungspunkt Etatberatung den folgenden Antrag zur Abstimmung zu stellen:

1.1 Finanzausschuss:

„Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Beschlussfassung unter 1.2.“

1.2 Rat:

„Die Verwaltung wird mit der Erstellung und Umsetzung eines Konzepts beauftragt, wie das bestehende sogenannte Netz-Leiter-Modell an den weiterführenden Schulen für Flüchtlinge eingesetzt werden kann. Die Konzeption ist dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung zeitnah vorzulegen.“

Begründung:

Erfolgt mündlich in der Sitzung.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Iris Preuß-Buchholz
Fraktionsvorsitzende

Beschluss des FA:

Der Finanzausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Hinweis: Zuständiger Fachausschuss ist der ASW.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Fraktion im Rat der Stadt Solingen

SPD-Ratsfraktion Solingen ■ Birkenweiher 26 ■ 42651 Solingen

Herrn Oberbürgermeister
Tim-O. Kurzbach

Herrn Vorsitzenden
Dr. Kay Zerlin

Fraktionsvorsitzende: Iris Preuß-Buchholz
Fraktionsgeschäftsführer: Wolfgang Schreiber
Telefon: +49 (0) 212 - 222 51-0
Telefax: + 49 (0) 212 - 222 51-35
eMail: spd.ratsfraktionsolingen@spd.de
Datum: 20.11.2017

Sitzung des Finanzausschusses am 27.11.2017 (Finanzklausur), TOP 31 Etatberatung
Sitzung des Rates am 30.11.2017, TOP 6 Etatberatung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion bitte ich Sie, in den oben genannten Sitzungen unter dem jeweiligen Tagesordnungspunkt Etatberatung den folgenden Antrag zur Abstimmung zu stellen:

1.1 Finanzausschuss:

„Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Beschlussfassung unter 1.2.“

1.2 Rat:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Friedrich-Ebert-Straße wegen ihrer stadtbildprägenden Bedeutung für Wald bei der Neukonzeption des Straßenbegleitgrüns komplett in die Priorität 1 hochzustufen. Eine Benachteiligung anderer Straßen ist gleichzeitig zu vermeiden.“

Begründung:

Erfolgt mündlich in der Sitzung.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Iris Preuß-Buchholz
Fraktionsvorsitzende

Ergänzung: Der komplette Bereich Gebhardtstraße/Rembrandtstraße und Gebhardtstraße bis Walder Bahnhof soll in die Priorität 1 a eingestuft werden.

Beschluss des FA: Einstimmig beschließt der FA dem Rat den Antrag zur Beschlussfassung (**Hinweis:** Fachausschuss ist der ZBA).

An:
Oberbürgermeister
Kay Zerlin
Ralf Weeke
Thomas Koch

Kopie:
Gisela Berger
Fraktionen

FDP-Geschäftsstelle
Kölner Str. 8
D-42651 Solingen

Tel: 0212 20 45 67
Fax: 0212 1 47 09
info@fdp-ag.de
www.fdp-solingen.de

Solingen, 20.11.2017

**Begleitantrag
zum Haushaltsplanentwurf 2018
zur Sitzung des FA, HuPa, Rat**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Solingen beantragt, der Finanzausschuss, der Haupt- und Personalausschuss sowie der Rat mögen folgenden Begleitantrag zum Haushalt 2018 beschließen:

„Die Verwaltung wird beauftragt, für die Haushaltsplanentwürfe 2019ff, aktuelle steuerungsrelevante und messbare Ziele und Kennzahlen zu entwickeln und diese den Fachausschüssen rechtzeitig zur Beratung vorzulegen.“

Begründung

Mit Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) wollte das Land NRW mehr Transparenz und die Möglichkeiten für eine politische Steuerung schaffen. In der Startphase hat auch die Stadt Solingen Ziele und Kennzahlen entwickelt, die aber entweder nicht mehr aktuell oder nicht steuerungsrelevant sind. Leider hat die Verwaltung im Haushalt 2018 keine Kennzahlen mehr gebildet. Dies vermindert die Möglichkeit der politischen Steuerung, obwohl dies ein wichtiger Effekt bei der Einführung des NKF sein sollte. Deshalb sollten für die kommenden Haushaltsplanentwürfe die Kennzahlen im Abstimmung mit den Fachausschüssen neu entwickelt werden.

Mit freundlichen Grüßen
Ulrich G. Müller

Beschluss des FA: Der Antrag wird als Prüfauftrag an die Verwaltung einstimmig beschlossen.

An:
Oberbürgermeister
Kay Zerlin
Ralf Weeke
Thomas Koch

Kopie:
Gisela Berger
Fraktionen

FDP-Geschäftsstelle
Kölner Str. 8
D-42651 Solingen
Tel: 0212 20 45 67
Fax: 0212 1 47 09
info@fdp-ag.de
www.fdp-solingen.de

Solingen, 20.11.2017

**Begleitantrag
zum Haushaltsplanentwurf 2018
zur Sitzung des FA, HuPa, Rat**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Solingen beantragt, der Finanzausschuss, der Haupt- und Personalausschuss sowie der Rat mögen folgenden Begleitantrag zum Haushalt 2018 beschließen:

„Die Stadt Solingen wird sich am digitalen Servicekonto des Landes NRW beteiligen.“

Begründung

Anfang September wurde das Servicekonto.NRW vorgestellt. Mit dem im vergangenen Jahr in Kraft getretenen E-Government-Gesetz NRW (EGovG NRW) wurde die rechtliche Grundlage für das digitale Bürgerkonto gelegt, welches ab sofort für die Kommunen offensteht, um ihre eigenen Serviceangebote an das zentrale Portal anzubinden. Ab dem 01.01.2018 kann das Servicekonto-NRW von den Bürgern für alle Online-Verwaltungsdienste im Land genutzt werden.

Mit freundlichen Grüßen
Ulrich G. Müller

Beschluss des FA: Der Antrag wird als Prüfauftrag an die Verwaltung einstimmig beschlossen.

An:
Oberbürgermeister
Kay Zerlin
Ralf Weeke
Thomas Koch

Kopie:
Gisela Berger
Fraktionen

FDP-Geschäftsstelle
Kölner Str. 8
D-42651 Solingen

Tel: 0212 20 45 67
Fax: 0212 1 47 09
info@fdp-ag.de
www.fdp-solingen.de

Solingen, 20.11.2017

**Begleitantrag
zum Haushaltsplanentwurf 2018
zur Sitzung des FA, HuPa, Rat**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Solingen beantragt, der Finanzausschuss, der Haupt- und Personalausschuss sowie der Rat mögen folgenden Begleitantrag zum Haushalt 2018 beschließen:

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bei den Vorarbeiten für die Digitalisierung der Verwaltung bereits jetzt schon die Planungsabläufe für eine Beantragung von Mitteln aus dem zugesagten Förderprogramm „K400-Kommunal wird digital“ zu berücksichtigen.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, mit den bergischen Kommunen ein gemeinsames Projekt zur Digitalisierung abzustimmen und zu starten.“

Begründung

Die neue Landesregierung hat einen Förderfonds „K400 - Kommunal wird Digital“ mit einem Volumen von 100 Millionen Euro für die Legislaturperiode in Aussicht gestellt. Daraus werden Digitalisierungsprozesse in den Kommunen gefördert, insbesondere die Planung von Glasfaser-Ausbauprojekten, IT-Sicherheitskonzepten und digitale Notfallpläne sowie E-Government- und Open Data-Strategien in interkommunaler Zusammenarbeit.

Wenn Solingen zu den Kommunen zählen will, die aus diesem Fond gefördert werden, müssen bereits jetzt die Planungsabläufe für Förderanträge mitgedacht und die kommunale Zusammenarbeit in diesem Bereich angestoßen, abgestimmt und gestartet werden.

Mit freundlichen Grüßen
Ulrich G. Müller

Beschluss des FA: Der Antrag wird als Auftrag an die Verwaltung einstimmig beschlossen.

1 Haushaltssatzung der Stadt Solingen für das Haushaltsjahr 2018

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666) in der zur Zeit geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Solingen mit Beschluss vom **30.11.2017** folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie die eingehenden Einzahlungen und die zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird wie folgt festgesetzt:

Ergebnisplan	2018 EUR
Gesamtbetrag der Erträge	-621.024.929,71
Gesamtbetrag der Aufwendungen	619.080.824,00
Saldo	-1.944.105,71

Finanzplan	2018 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-611.710.344,49
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	583.761.339,25
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit	-65.905.910,00
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit	87.299.463,00

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird wie folgt festgesetzt:

Kreditermächtigung	2018 EUR
• für den Kernhaushalt	21.034.388
• Kreditaufnahme „Gute Schule 2020“	4.069.205
• Sonderkreditermächtigung Abbau Instandhaltungsstau	6.100.000
• für den Kernhaushalt zwecks Weiterleitung an städt. Gesellschaften	
– Altenzentren	3.000.000
– Hallenbad Vogelsang (Neuveranschlagung des nicht in Anspruch genommenen Sonderkredites aus 2016)	4.500.000

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

3.290.500 EUR festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird für das Haushaltsjahr 2018 auf

590.000.000 EUR festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2018 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 305 v. H.

b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf..... 665 v. H.

2. Gewerbesteuer nach dem

Gewerbeertrag auf 475 v. H.

§ 6

Nach dem Haushaltssanierungsplan 2018 ff. wird der Haushaltsausgleich ab 2018 erreicht.

Die im Haushaltssanierungsplan enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplans umzusetzen.

§ 7

Im Stellenplan können Stellen als künftig wegfallend (kw) oder als künftig umzuwandeln (ku) bezeichnet werden.

Die Anbringung der Vermerke hat folgende Rechtsfolgen:

kw-Vermerk = Die Stelle wird nach Ausscheiden oder Versetzung des Stelleninhabers nicht wieder besetzt

ku-Vermerk = Die Stelle wird nach Ausscheiden oder Versetzung des Stelleninhabers umgewandelt.

§ 8

Für die Ausführung des Haushaltes gelten die Budgetrichtlinien für das Haushaltsjahr 2018.

§ 9

Die Auszahlungsermächtigungen für Investitionsmaßnahmen und die Verpflichtungsermächtigungen dürfen nur nach vorheriger Zustimmung des Stadtkämmerers in Anspruch genommen werden.

§ 10

Bei der Genehmigung über- oder außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen sowie über- und außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen im Sinne der §§ 83 Abs. 2 bzw. 85 Abs. 1 GO gelten als nicht erheblich:

- über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bis 250.000 EUR,
- über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen bis 250.000 EUR,
- interne Verrechnungen, kalkulatorische Kosten und Abschlussbuchungen.

§ 11

Zu Lasten der Produkte „Theater und Konzerte“ und „Deutsches Klingenmuseum“ können bereits im Haushaltsjahr 2018 notwendige Verpflichtungen im Vorgriff auf Haushaltsmittel des Jahres 2019 eingegangen werden.

Die finanziellen Ansprüche aus den Verpflichtungen zu Lasten des Haushaltsjahres 2018 dürfen 50 % der Ansätze des Haushaltsplanes 2018 nicht übersteigen. Darüber hinaus gehende Verpflichtungen bedürfen der Einwilligung des Stadtkämmerers. Gehen die Verpflichtungen über 75 % der Ansätze des Haushaltsjahres 2018 hinaus, bedarf der Stadtkämmerer der Zustimmung des Finanzausschusses.

Verträge mit Architekten, Ingenieuren und Sonderfachleuten mit finanziellen Ansprüchen zu Lasten späterer Haushaltsjahre bedürfen der Einwilligung des Stadtkämmerers

§ 12

Die Wertgrenze für die Veranschlagung einzelner Investitionsmaßnahmen wird gemäß § 41 Abs. 1 Buchstabe h) GO NRW auf 375.000 EUR Jahresvolumen festgelegt.

Solingen, 30.11.2017

Kurzbach
Oberbürgermeister